

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Ersteinst Sonnabend.

Abonnementspreis 1,00 Mark pro Quartal exkl. Postgeb. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten, sowie die Expedition, Berlin S. 69, Urbanstr. 63 I.

Interate

Pro hiergehaltene Beilage 60 Pf.; Stellenangebote 40 Pf.; für Verbandsmitglieder 40 Pf.; Versammlungsanzeigen z. 20 Pf. Privatanzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 43.

Berlin, den 21. Oktober 1911.

27. Jahrgang.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Zweck allgemeiner Darstellung der Ferienverhältnisse deutscher Arbeitnehmer ersuchte uns die „Gesellschaft für soziale Reform“ um einschlägige Angaben aus unserem Verufe. Diesem Wunsche möchten wir um so lieber entsprechen, als es auch ohnehin schon lange unsere Absicht war, diesbezügliche Feststellungen für unseren Verufe zu machen.

Wir ersuchen deshalb die Bevollmächtigten, uns spätestens bis zum 15. November Angaben darüber zu machen, ob in ihrem Wirkungskreise durch Tarifvertrag oder durch Arbeitsordnungen für ganze Gruppen des Gewerbes oder für einzelne Firmen Ferien für unsere Berufs-genossen festgelegt sind, wie die diesbezüglichen Bestimmungen lauten und wieviel Personen dabei in Betracht kommen. Auch wenn keine bindende Festlegung erfolgte, Ferien aber seitens der Arbeitgeber zugestanden werden, ersuchen wir um diesbezügliche Mitteilungen.

2. Die Erhebung eines Lokalbeitrages von 10 Pf. pro Monat ist von der Zahlstelle Trier beschlossen und unsererseits gutgeheißen worden.

Der Verbandsvorstand.

Dreißig Tausend.

Als wir vor nunmehr einundneunzig Jahren zur Feier der 25. Wiederkehr des Gründungstages unseres Buchbinderverbandes rüsteten, da konnten wir das in dem erhebenden Bewußtsein tun, an unserem Jubiläumstage fünf und zwanzig Tausend wackere Kämpfer und Kämpferinnen um unsere Fahnen geschart zu haben. Die Folgezeit hat uns nicht untätig gesehen und Schritt für Schritt sind wir inzwischen weiter vorwärts gekommen, so daß wir heute mit der gewiß erfreulichen Kunde unsere Mitglieder beglücken können, daß unser Buchbinderverband gegenwärtig

30 000 Mitglieder

zählt. In den letzten fünf Quartalen hat er um rund 5000 zugenommen. Das mag ein sicheres Zeichen dafür sein, daß die Krise schwer, allzuschwer auf dem arbeitenden Volke gelastet hat, und manchen Kollegen und mehr noch mancher Kollegin in die Zeit des Tiefstandes die Erkenntnis gekommen, daß im Zusammenschluß in machtvollen Organisationen ein Teil jener Kraft ruht, die jede wirtschaftliche Angunst zu überwinden vermag. Und als dann der Buchbinderverband mit der aufsteigenden Konjunktur sich in weiterem Maße zu regen begann, um die Arbeits- und Lohnbedingungen seiner Mitglieder in größerem Umfange zu verbessern, als diese selbst in richtiger Erkenntnis der Tatsache, daß nur in der Einigkeit alle Macht liegt, mit reger Agitation einsetzten, da strömten viele der Indifferenten herbei und wurden Mitglieder, so daß jetzt das 3. Zehntausend voll ist.

Die Entwicklung der letzten Jahre ist augenfällig. Erst im dritten Quartal des Jahres 1900 musterte unsere Organisation erst malig mehr denn 10 000 Mitglieder. Die Ursache, daß die Mitgliederzahl ursprünglich von 9100 auf über 12 000 hinaufschneellen konnte, war die Tarifbewegung in

Berlin, Leipzig und Stuttgart, die bekanntlich zur Ausperrung in diesen drei Städten führte. Diese Ursache ist auch zugleich die Erklärung dafür, daß im folgenden Jahre die Mitgliederzahl wieder unter 10 000 zurück sank und erst im 4. Quartal 1901 10 000 um 22 überschritt, um im zweiten Quartal 1902 nochmals um ebensobiel unter 10 000 herunter zu sinken. Vom 3. Quartal des Jahres 1902 ab ist dann das erste Zehntausend dauernd überschritten worden. Zwei Jahre später im gleichen Quartal waren 15 000 Kollegen und Kolleginnen in unserem Verbandsorganisiert und im 2. Quartal des Jahres 1906 wurde das zweite Zehntausend erstmalig überschritten. Der nunmehr einsetzende wirtschaftliche Rückgang, der auch unser Gewerbe mit aller Schärfe traf, vermochte nicht, einen Rückgang in den Mitgliederzahlen herbeizuführen. Nur langsamer als in den vorhergehenden Jahren kamen wir vorwärts und im ersten Quartal des Vorjahres musterten wir dann mehr denn 25 000 Mitglieder. Dann aber belebte sich der Geschäftsgang mehr und mehr und der Zustrom zu unserem Verband war ein großer. Nur anderthalb Jahre waren erforderlich, um wiederum 5000 neue Streiter unseren Reihen einzugliedern.

Die wachsende Werbefähigkeit des Buchbinderverbandes ist augenscheinlich. Fünfzehn Jahre waren notwendig, um das erste Zehntausend an Mitgliedern aufzubringen, sechs Jahre, um das zweite Zehntausend zu erreichen und — trotz des inzwischen mit alles vernichtender Gewalt einsetzenden Konjunkturrückganges — wenig mehr denn fünf Jahre bedurfte es, um das dritte Zehntausend zu vollenden. Wir sind sicher, ohne die furchtbare Krise der letzten Jahre hätten wir unseren heutigen Stand schon viel früher erreicht.

An dem glänzenden Aufschwung sind unsere Kolleginnen in gleichem Maße beteiligt, wie die Kollegen. Nachdem sie erst vom 3. ordentlichen Verbandstag (Altenburg 1891) an in unseren Verband aufgenommen wurden, stellten sie doch beim erstmaligen Ueberstreichen der ersten Zehntausend bereits 4060 Köpfe. Diese Anteilnahme stieg bei Abschluß der zweiten Zehntausend auf 8621, während heute, im Zeichen der erreichten dritten Zehntausend, mehr denn 14 000 Kolleginnen unserem Verbandsangehörigen sind. Die Mitgliederzahl der Kollegen ist nur um knapp ein Tausend höher. Ohne Zweifel überwiegen bei der Vollerfüllung des vierten Zehntausend, das hoffentlich nicht allzulange auf sich warten läßt, unsere Kolleginnen ganz bedeutend. Die rapide Entwicklung seit Beginn des Jahres 1910 zeigt das zur Genüge. Wir hatten Mitglieder:

	Männl.	Weibl.	Zus.
1. Quartal 1910	14 078	11 176	25 254
2. " 1910	14 459	11 618	26 077
3. " 1910	14 762	12 988	27 700
4. " 1910	15 207	13 499	28 706
1. " 1911	15 077	13 592	28 669
2. " 1911	15 940	13 775	29 115
3. " 1911	ca. 15 650	ca. 14 450	ca. 30 100

Bemerkenswert ist, daß trotz des geringen Rückganges der Gesamtmitgliederzahl im 1. Quartal dieses Jahres die Zahl der Kolleginnen gestiegen ist, gewiß ein Zeichen von dem Zutrauen, daß unserem Verbands durch unsere Mitarbeiterinnen entgegengebracht wird.

Es ist ein recht erfreulicher, herzerquickender Fortschritt, von dem wir berichten können, ein Fortschritt, der hoffentlich zu neuer ebenso erfolgreicher

Agitationsarbeit anspornen wird. Allen Anfeindungen zum Trotz geht es vorwärts! Nichts hat vermocht, uns in unserem Vorwärtsbringen aufzuhalten, weder Verleumdung durch unsere Widersacher, noch offener oder versteckter Kampf hat die Anziehungskraft, die Werbefähigkeit unseres Verbandes schmälern können. Doch groß ist noch die Zahl derjenigen, die noch nicht auf die Stimmen ihrer Klassen- und Berufs-genossen und Genossinnen hörten, die da glauben, durch Harmonie und friedfertiges Wesen dem Unternehmer schmeicheln zu sollen. Die Zahl der Indifferenten ist noch groß, fast noch doppelt so groß als die Zahl derjenigen, die sich bis jetzt in unserem Buchbinderverband zusammengefunden hat. Auch unter diesen aufklärend zu wirken, ihnen Zweck und Nutzen des Verbandes klar zu machen und auf diesem Reservoir neue Laufende der Organisation zuzuführen, das ist unsere nächste Aufgabe, der wir uns mit Fleiß und Ausdauer hingeben müssen.

Unsere Organisation hat seither allen Anforderungen genügt, die an sie gestellt wurden, sie hat allen Stürmen getrotzt, die über sie hereinbrachen. Ruhig, selbstbewußt hat sie ihre Bahnen verfolgt und unermüdetlich ist sie zur Wahrung der Interessen der Mitglieder tätig gewesen. Ausgezeichnete Erfolge hat sie aufzuweisen in den sechsundzwanzig Jahren ihres Bestehens und vielen Tausenden ist sie ein treuer Freund geworden, der seine schützende Hand in Zeiten der Stürme und Not erkennen ließ. Die kommenden Monate müssen benutzt werden, um an allen Orten eine rege und nachhaltige Agitationsarbeit zu entfalten. Die Not des Volkes ist groß, die Teuerung wirkt nachdrücklich auch auf das indifferenteste Gemüt ein und macht es empfänglicher für die werbenden Worte des Agitators. Die gegenwärtig politisch aufgeregten Zeiten richten auch des Trägsten Sinn auf die Zeitereignisse, die mehr als je einer durchgreifenden alles umfassenden Agitation günstig vorarbeiten. Ueberall sollte darum unsere Kollegen-schaft planmäßig den Indifferenten aufzuklären suchen, seine Zweifel zerstreuen und nicht zühen, bis er erkennt, daß er dem Verbands angehören muß, will er sein, seiner Angehörigen und seiner Klassengenossen Wohl fördern. Der Ruf nach Ausnahme-gesetzen löst augenblicklich wieder mit besonderer Schärfe durch den politischen Blätterwald, der die Taten der Arbeiterorganisationen verbunkeln und deren Arbeiten erschweren soll. Da muß unerschrocken und fest zur Organisation gehalten werden, da muß dieser Scharen neuer Kämpfer zugeführt werden, damit sie den drohenden Gefahren gewachsen ist und weiter von Erfolg zu Erfolg eilt, wie es seither war. Die Tatsache selbst, daß wir heute im Zeichen von 30 000 Mitgliedern stehen, muß uns zu lebhaftester Tätigkeit anspornen.

Kollegen! Kolleginnen! Nutzt die Stunde! Auf zu weiterer, erfolgreicher Agitationsarbeit!

Die Not des Volkes.

Die ankämpfende Dürre des letzten Sommers zeigt sich schon jetzt in ihren unheilvollen Folgen, und zwar vornehmlich in einer erneuten Preissteigerung vieler der wichtigsten Lebensmittel. In aller Kürze werden auch noch die wenigen Bedarfsartikel, die heute von der im übrigen fast allgemeinen Verteuerung noch nicht oder nur wenig berührt wurden,

ebenfalls so im Preise in die Höhe gehen, daß sie sich kaum noch von Hungersnotpreisen unterscheiden. Der Ursachen hierfür gibt es viele, und doch ist jede einzelne für sich schon in der Lage, in so hohem Maße ungünstig auf die Preisgestaltung einzuwirken, daß es bei anderen Ursachen eigentlich gar nicht mehr bedarf. Aber der deutsche Michel ist ein so geduldiges Schaf, daß er sich von allen Seiten ausbeuten läßt. In erster Linie versuchen Produzent und Großhandel auf alle Weise die Verkaufspreise in die Höhe zu schrauben. Dieses Bemühen ist nicht vergeblich, zumal die hier in Frage kommenden Wirtschaftsgruppen durch Kartelle und Trusts, durch Syndikate und sonstige Vereinigungen fest zusammengeschlossen sind und die Preishöhe in diktatorischer Weise einseitig festsetzen. Und wenn die Ausbeute so ausgezeichnet, die Ernte so vorzüglich, daß notwendig ein Rückgang der Preise eintreten muß, dann scheuen sich jene nicht, unter tätiger Mithilfe der Staatsgewalt direkte Verbrechen an der noleidenden Menschheit zu begehen und durch künstliche Zurückhaltung, wenn nicht gar gewaltsame Vernichtung des Produktions-ertrages die von Millionen erhofften Preisrückgänge aufzuhalten. Etwas anderes stellt doch z. B. die sogenannte Kaffee-„Valorisation“ nicht dar. Die brasilianischen Kaffeepflanzler haben die brasilianische Regierung gezwungen, ihnen ihr Produkt abzukaufen, dann dasselbe einzufuhren und bedeutend weniger auf den Markt zu lassen, als wie gebraucht wird. Selbstverständlich muß durch solche verbrecherische Maßnahmen der Verkaufspreis ganz enorm in die Höhe gehen und wenn nicht alle Zeichen trügen, dann werden über kurz oder lang auch noch andere wichtige Bedarfsartikel mit einer solchen „Valorisation“ beglückt werden. Mit Kaffee z. B. will man jetzt in gleicher Weise manipulieren. Wir in unserem deutschen Vaterlande brauchen uns nun keineswegs über die schändlichen Machinationen der brasilianischen Kaffeepflanzler und dito Regierung sichtlich zu entrichten, sientemalen es doch — zu unserer Schande sei es gesagt — deutsches Kapital ist, das der brasilianischen Regierung diesen Warenwucher erst ermöglichte.

Doch zu was denn in die Ferne schweifen, wo wir gleiche und ähnlich gelagerte Ursachen der Preissteigerungen in unserer nächsten Nähe selbst haben. Da ist vor allem der Geldbedarf des Reiches, der Bundesstaaten und der Kommunen, der gedeckt wird durch direkte und indirekte Steuern und durch die Zölle. Ueber die Belastung der Lebens- und Genussmittel durch die indirekten Steuern und Zölle haben wir bereits in einer früheren Nummer der „Buch-

binder-Zeitung“ (Nr. 13 vom laufenden Jahrgang) ausführlich geschrieben. Danach betrug die auf jedem Bewohner unjeres „teuren“ Vaterlandes ruhende Belastung durch indirekte Steuern und Zölle (also ohne direkte Steuern) jährlich 94 Mk. Auf den deutschen Durchschnittshaushalt von 4,7 Köpfen sind das jährlich 442 Mk.; in anderer Weise ausgedrückt: ein Durchschnittshaushalt hat wöchentlich durchschnittlich 8—9 Mk. mehr aufzubringen als vor einer Reihe von Jahren. Hiervon entfällt die Hälfte auf die Verteuerung der Nahrungsmittel, die andere Hälfte auf die Verteuerung der Kleidung, Wohnung usw. Aber auch unser Staatswesen läßt sich im direkten Volksbetrug. Obgleich die Kohlenaussteute sich in den letzten Jahren verdoppelt, wird Kohle von fiskalischen Gruben im Inlande um 2—4 Mk. teurer verkauft als im Ausland!

Hat auch die tropische Hitze des vergangenen Sommers das Wachstum von Viehfutter, Gemüse und Kartoffeln teilweise gestört oder doch stark beeinträchtigt, so ist doch eine vorzügliche Getreideernte zu verzeichnen. Die preuhische Roggenernte, die von ausschlaggebender Bedeutung ist für die Getreideernte Deutschlands, ist ungefähr um eine halbe Million Tonnen größer als im Vorjahre. Und außerdem ist die Qualität eine so vorzügliche, wie sie in Deutschland seit langer Zeit nicht mehr erzielt worden ist. Unter normalen, gesunden Verhältnissen hätte also eine Verbilligung des Brotes eintreten müssen, und der durch die Dürre hervorgerufene Mißwuchs wäre ausgeglichen worden. Nun aber tritt das Gegenteil ein, und während das deutsche Volk fürchtbar unter der Teuerung leidet, wird das Ausland von den deutschen „nationalen“, „patriotischen“ Junkern mit gutem und billigen Brotgetreide versehen! Die Agrarier treiben damit nicht nur die Getreidepreise in Deutschland in die Höhe, sie erhalten auch noch aus der Reichskasse — wie zur Belohnung für die edle Tat, daß sie den deutschen Markt von Getreide entblößen — eine Ausfuhrprämie als Liebesgabe! Dieses verbrecherische Wucherergeschäft wird ermöglicht durch das System der Einfuhrscheine. Nicht weniger denn 325 Millionen Mark Zölle sind in den letzten drei Jahren mit Einfuhrscheinen bezahlt worden, ein Betrag, der unseren Agrariern auf Volkskosten zuzufloß. Solange bei der Ausfuhr von Getreide der Identitätsnachweis geführt werden, d. h. nachgewiesen werden mußte, daß das ausgeführte Getreide vorher eingeführt worden war und solange mit den Einfuhrscheinen immer nur Getreide eingeführt werden konnte, war gegen diese Einrichtung nichts einzuwenden, denn zu

Preistreibern war sie nicht zu gebrauchen. Das wurde anders mit dem Fallen dieses Identitätsnachweises im Jahre 1894, als mit Hilfe der Agrarier zugleich bestimmt wurde, daß die Bewertung der Einfuhrscheine auch bei der Verzollung nicht nur aller Sorten von Getreide, sondern auch von anderen Waren zugelassen wurde. Ein größeres Geschäft war immerhin erst zu machen, als die Zölle auf ihre jetzige Höhe gebracht worden waren. Die Agrarier erhalten nun für ihr exportiertes Getreide im Ausland den Weltmarktpreis und aus der Reichskasse den Zollbetrag. Sie erzielen also stets für ihr Getreide einen Preis, der um den Zollbetrag höher ist, als der Weltmarktpreis. Außerdem vermindern sie das Getreideangebot auf dem deutschen Markt und treiben damit in Deutschland die Preise in die Höhe. Ein ganz besonderes Wucherergeschäft aber machen sie mit den Futtermitteln. Da auf Hafer ein Zoll von 5 Mk. gelegt ist, Futtermerger aber bereits mit einem Zollsatz von 1,30 Mk. eingeführt werden kann, so pflanzen sie viel Hafer, führen diesen nach dem Auslande aus, wofür sie eine hohe Zollvergütung erhalten, und führen dann Futtermerger ein, die sie verfüttern.

Wie mit diesem nachgewiesen ist, unterstützt die Reichsregierung nicht nur die unheimliche Teuerung, sie beteiligt sich auch aktiv an ihr. Alle Zoll- und Steuerpolitik wird von ihr erst vorbereitet. Keiner unserer Kollegen, keine Kollegin kann irgend etwas kaufen, ohne nicht mit dem Kaufpreis zugleich einen namhaften Betrag als Steuer zu entrichten. Man sieht, daß das noch die gleiche Räuberpolitik ist, die im Mittelalter üblich war, nur schritt man rüstig mit der Zeit mit und gab ihr ein modernes Gepräge. Im Mittelalter überfielen die Gewaltigen die reisenden Kaufleute auf offener Straße, raubten und plünderten, was ihnen in die Finger kam. Heute aber hat man sich Schliff und Gewandtheit angeeignet und verübt das gleiche Geschäft auf feinere Manier und unter dem Schein einer gewissen Gesekmäßigkeit.

Nach alledem ist es eigentlich müßig zu fragen, wie denn nun der Arbeiter alle diese Belastungen zu ertragen vermag; denn ertragen kann er sie überhaupt nicht. Ihm bleibt nichts anderes übrig, als eine Verschlechterung seiner Lebenshaltung vorzunehmen und in erster Linie seine Ernährung auf das Mindestmaß herabzusetzen. Der Effekt davon ist auch äußerlich zu spüren in dem Rückgang der Schlachtungen von Rindern, Kälbern und Schafen von rund einer halben Million Stück in dem einen Jahre 1910. Jede Familie hat 1910 circa 20 Pf. Fleisch weniger konsumiert als im Jahre zuvor, bei dem geringen

Hygiene.

V. (Schluß)*

Ein vorzüglicher äußerlicher Eindruck macht die „Straße der Nationen“, die in ihrer architektonischen Wirkung wirklich Nachhaltiges hinterläßt. Allerdings auch nur äußerlich betrachtet, denn in der Mehrzahl der Fälle bieten die einzelnen nationalen Sonderausstellungen das gleiche einseitig zugefupfte Bild, einen netten schönen Anblick fürs Auge, wie die Hauptthallen der deutschen Aussteller. Was ein großer Teil — vielleicht der größte — mit Hygiene zu tun haben soll, das ist nicht recht erstfindlich. Nur einige wenige nationale Ausstellungen resp. Pavillons machen in einzelnen Teilen eine Ausnahme davon, so vor allem das aufstrebende Japan mit seiner beachtenswerten Körperkultur und Schulhygiene. Allenfalls wäre hier noch Brasilien besonders zu erwähnen.

Unser flüchtiger Rundgang durch die Dresdener Hygieneausstellung hat die Wichtigkeit der Beobachtung erwiesen, daß diese Ausstellung in allen ihren Teilen eine einzige große Demonstration für eine wirkliche, sinnvolle, zweckentsprechende und durchgreifende Hygiene darstellt. Das ist sie ja allerdings nicht in der Form, daß sie die Schäden unserer heutigen Lebens- und Arbeitsweise in ihren Urründen aufdeckt und die Wege anzeigt, die zur Besserung führen, sondern sie ist gerade durch das, was sie offensichtlich jedem ersten bebuhigten Streben nach Besserung nicht bietet, ein bereites Zeugnis für die Notwendigkeit zweckmäßiger Hygiene auf allen Gebieten unseres Lebens. Diese Ausstellung sollte zeigen, wie weit wir in Wirklichkeit mit unseren

hygienischen Einrichtungen in jeder Form sind, sie sollte ein getreues Spiegelbild des gegenwärtigen Standes der Hygiene sein, aber sie ist eine recht groteske Karikatur geworden, die in vielen Fällen nur zeigt, wie weit wir sein könnten. Weil es aber so ist, deshalb erscheint ihr eigentlicher Zweck als Irreführung des unbefangenen Besuchers, der bei vielen schönen und guten Dingen rührselig das verantwortungsbeuhvete Herz menschlicher Ausbeuter bewundert, das allen Gefahren des Leibes und Lebens der Arbeiter mit Hilfe von Technik und Wissenschaft entgegenarbeitet. Er nimmt für bare Münze, was vorerst nur Zukunftsmusik ist und kriecht dabei richtig auf die Leimruten, die zu dem Zwecke durch die ausstellende Kapitalistenclasse gelegt sind. Das sind durchaus keine Liebertreibungen, denn es hat sich ja gezeigt, in welcher grober Weise die Wahrheit auf den Kopf gestellt wurde, in welcher großzügiger schwindelhafter Weise z. B. das Braukapital auf der Ausstellung arbeitete. Die Brauerunion hatte Tabellen mit falschem Zahlenmaterial über die Gesundheit der Biertrinker ausgestellt, die von namhaften Statistikern nachgeprüft wurden, wobei es sich ergab, daß die Statistik der Brauerunion die Wahrheit auf den Kopf gestellt habe. In ähnlicher Weise operierte die Chemische Industrie, die den dreifachen Versuch machte, die Bleifabrikation und -verarbeitung als nicht gesundheitschädlich hinzustellen. Sie hatte eine Tafel aufgestellt, auf der die Verhältnisgaben über die Erkrankungen infolge Weibverarbeitung zum größten Teile falsch waren.

Was die Ausstellung in vielen Beziehungen nur zur Karikatur einer wirklichen Hygieneausstellung gemacht hat, ist nicht nur die Vorpiegelung falscher Tatsachen, wie das vorstehende nachweist, sondern dazu trägt vor allen Dingen das bei, daß so vieles dank des Wirkens der Scharfmacher nicht zur Ausstellung gebracht werden konnte. Es fehlt ja auf dieser Ausstellung bekanntlich gar vieles. So in

erster Reihe eine Heimarbeitsausstellung. Sie fehlt, weil das Unternehmertum und die durch sie beherrschte Regierung und Ausstellungskomitee meinten, daß die Ausstellung der Wahrheit, also des Glens der Heimarbeiter, mit dem Zweck der Hygieneausstellung unvereinbar sei. Unseren Lesern ist bekannt, daß die Zurückweisung der von den Gewerkschaften geplanten Vorführung der Heimarbeiterverhältnisse u. a. auch einem bekannten Kulturhistoriker, ferner den Konsumvereinen und dem Deutschen Arbeiter-Vereinsbund Veranlassung gegeben hat, ihre Beteiligung an der Ausstellung abzulehnen.

Es fehlt aber noch viel mehr und ebenso wichtiges, z. B. eine Ausstellung von Schutzmitteln gegen geschlechtliche Ansteckung. Die Ursache des Fehlens einer solchen liegt allerdings etwas anders, denn eine solche war von der „Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten“ geplant. Deshalb dieser Plan nicht verwirklicht wurde, teilt Dr. Julian Marcuse in der „Münchener Klinischen Wochenschrift“ mit. Er schreibt dort: „Eine Ausstellung der eigentlichen Schutzmittel gegen venerische Infektion ist unmöglich gewesen, weil durch unsere Gesetzgebung verboten.“ Man sieht also, wieviel noch zu tun ist, um volkstümliche Maßnahmen zum Wohlfühlen der staatlichen Behörden gelangen zu lassen. Das Gleiche sagt Dr. Helene Stöder in einem längeren Artikel in der „Umschau“: „Unserer Rechtspredung wegen dürfen sogar in der Hygieneausstellung, in der so fürchtbar lehrreichen Ausstellung, die speziell die „Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten“ errichtet hat, die Schutzmittel nicht angekindigt werden. Auch eine wichtige Erfindung des Vorsitzenden der „Deutschen Gesellschaft“, Geheimrat Reiser, eine Schutzsalbe, darf aus diesem Grunde dort nicht zur Ankündigung kommen. Man braucht sich nur einmal vorzustellen, daß ähnliche wichtige Erfindungen und Schutzmittel auf einem anderen Gebiet der Volks-

*) Siehe auch die Nummern 34, 35, 36 und 39.

Fleischverbrauch der Arbeiter ein außerordentlich hoher Satz. Daran trägt natürlich neben dem oben Gesagten die gewaltige Verteuerung des Fleisches ihr gut Teil der Schuld. Aber angesichts solcher Zahlen kann nur agrarische Unverkorenheit behaupten, daß von einer Fleischnot keine Rede sei, denn natürlich die Regierung zustimmt. Als auf Anregung des Stadtrats in Karlsruhe die badische Regierung beim Bundesrat den Antrag auf einstweilige Aufhebung der bestehenden Vorschriften über die Quarantäne der aus Dänemark eingeführten Schlachtrinder gestellt hatte, konnte die amtliche „Karlsruher Zeitung“ unterm 20. April 1911 mitteilen: „Der Bundesrat hat diesen Antrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt. Weiter hat er abgelehnt die quarantänefreie Zulassung von Schlachtrindern aus Schweden und Norwegen. Einem Antrag Preußens entsprechend will der Bundesrat vom 1. Juli 1911 ab eine teilweise Erleichterung der Einfuhr von dänischem Vieh dadurch eintreten lassen, daß die Tuberkulinsimpfung abgeschafft wird und an ihre Stelle das klinische Untersuchungsverfahren tritt. Die badische Regierung hat ferner beantragt, die Einfuhr von argentinischem Schlachtvieh zu gestatten. Der Reichszentralrat hat jedoch seine Zustimmung zur Aufhebung des seit 1894 bestehenden Verbots der Vieheinfuhr aus Argentinien nicht erteilt.“ Warum die Ablehnung aber erfolgt, darüber verlautete nichts! Und dabei ist die Ernährung des Deutschen mit Fleisch eine recht geringe. In Amerika entfällt auf den Kopf pro Jahr 147 Pfund, in England 117 und in Deutschland — 64 Pfund.

Doch so ist es noch zu allen Zeiten gewesen: weil die Besitzenden in den geschickten Körperkassen die Wehrheit haben, darum wird die Belastung derselben stets abgelehnt, wobei sie sich stets einig mit der Regierung weiß. Für diese ist der Anspruch des Gutsherrn von Hofenfinow, der bekanntlich gegenwärtig die Geschäfte eines deutschen Reichszentralrats führt, charakteristisch. Konnte doch dieser am 10. Dezember 1910 im Reichstag erklären, als es sich um die Wirkungen der gottgesegneten Reichsfinanzreform handelte: „Die Aufbringung der Mittel war wichtiger als die Steuerarten“, was soviel heißen will, daß man den Massenverbrauch besteuern müsse, um die vielen erforderlichen Gelder zur Stelle zu schaffen. Daß an diesem System nichts geändert werden soll, bestärkte er weiter, indem er erklärte, daß „er an dem Grundgedanken unserer bewährten Wirtschaftspolitik mit allem Nachdruck festhalten wolle“. Die Folgezeit, das laufende Jahr hat gezeigt, daß — so wahrhaftig es auch sein mag — wirklich diesem Grundsatz entsprechend die deutsche

Wirtschaftspolitik geführt worden ist. Da ist es wohl erklärlich, daß auch dem gedulden deutschen Arbeiter der Geduldsfaden abreißt und er mit lauter, alles überhörender Stimme fordert, was ihm zukommt, eine Hilfe in diesem Wirrisis von Unterdrückung und Ausbeutung. Er wird zu einem Akt der Notwehr kommen und sich eines Tages seine Peiniger in geziemender Entfernung halten. Dabei wird er allerdings nicht in die Fußstapfen seiner französischen Lebensgenossen treten, die rohe Gewalt mit roher Gewalt auszutreiben suchten. Nein, der deutsche Arbeiter wird auf rein geschnäpfige Weise sich von seinen Blutaugern befreien und sich die notwendige Luft schon zu schaffen wissen. Wir hegen die feste Ueberzeugung, daß unsere nunmehr 80 000 Mitglieder — jedes auf seine Art — an dieser Befreiung mitarbeiten und mithelfen, den Denzettel für die Volksausbeuter so nachhaltig wie nur möglich werden zu lassen. Der Tag der Reichstagswahlen steht in aller Nähe. Er ist es, auf den der deutsche Arbeiter alle Hoffnungen setzt, er ist es, der eine Aenderung in der „bewährten Wirtschaftspolitik des Reiches“ bringen soll. Der Tag der Reichstagswahl muß ein Tag der Aenderung werden!

Aus unserem Beruf.

Innungsäpfe gegen einen Staatsbetrieb.

Netzt kommt auch Herr Paul Kersten, Kunstbuchbinder, Fachlehrer und Fachschriftsteller, und „Berichtigt“ unseren Artikel in Nr. 40 der „Buchbinder-Zeitung“ unter obiger Stichmarke. Er scheint zu fürchten, daß wir seine „Berichtigung“ nicht aufnehmen und zur Vorsicht beruft er sich auf den § 11 des Preßgesetzes, auf einen Paragraphen, der ihm vollständig unbekannt ist. Andernfalls würde er seine „Berichtigung“ diesem Paragraphen entsprechend gestaltet haben. Seine Richtigstellung läuft darauf hinaus, festzustellen, daß die Berliner „Buchbinder-Zeitung“ erst zirka 8 Tage nach seinem Besuch in der königlichen Bibliothek davon erfahren habe, daß der Besuch in seiner Eigenschaft als Fachschriftsteller erfolgt sei, daß diese seine Eigenschaft mit seinem Amt als Fachlehrer nichts zu tun habe, daß die Kunstklasse nicht von der Stadt Berlin, sondern vom Ministerium für Handel und Gewerbe errichtet worden ist, und daß niemanden das etwas angehe, was er außerhalb seines Amtes als Fachlehrer tue.

Die ersten vier Punkte nehmen wir zur Kenntnis. Was den letzten anbelangt, da wollen wir dem Herrn Kunstbuchbinder, Fachlehrer und Fachschriftsteller — man weiß ja nie, in welcher Eigenschaft sich der Herr gerade befindet — erwidern, daß er auch das für sich behalten muß, was er außerhalb

feuchen vorhanden wären, zum Beispiel auf dem Gebiet der Tuberkulosebekämpfung, und daß aus Gründen, die mit der Krankheitsbekämpfung gar nichts zu tun haben, ein wichtiges Rettungsmittel, das Tausenden und aber Tausenden Bewahrung vor Ansteckung bringen könnte, hinter Schloß und Riegel gehalten würde, um den ganzen Widerstand, den ganzen Wahnsinn dieser Anordnung zu begreifen.

Wenn wir nun auch in der „glücklichen“ Lage sind, speziell unseren Beruf berührende Unwahrheiten oder Ungenauigkeiten von der Hygieneausstellung nicht berichten zu brauchen, dann ist das noch lange kein Vorteil. Man muß nämlich wissen, daß auf unseren Beruf Bezügliches nahezu ganz vergebens auf ihr gesucht wird, woraus selbstverständlich nicht zu schließen ist, daß bei uns alles in guter und schöner Ordnung sei. Niemand weiß es besser als unsere Kollegenchaft selbst, unter welchen zum Teil skandalösen Verhältnissen — in hygienischer und anderer Hinsicht in gleichem Maße — in den Betrieben unseres Gewerbes noch vielfach gearbeitet werden muß. Nichts aber von alledem erfährt man durch die Hygieneausstellung, weil die Ausstellungsleitung auf das Betreiben der Scharfmacher die Ausstellung der Gewerkschaften, an der wir mit teilzunehmen gedachten, illusorisch machte. Daß dies im vollen Bewußtsein der wirklich vorhandenen Missetände geschah, das zeigte sich vor einiger Zeit anlässlich der Eröffnung des Wohnungskongresses wieder, bei der der sächsische Staatsminister erklären konnte: „Wir müssen aber doch mit ansehen, wie große Massen der Bevölkerung Lebensbedingungen ausgesetzt sind, die sich von den natürlichen weit und bedenklich entfernen. Wir nehmen dies oft hin als die Schattenseiten eines glänzenden kulturellen Fortschrittes, aber wir dürfen uns nicht der ersten Tatsache verschließen, daß es sich hier um Schattenseiten handelt, die den ganzen Wert unseres Kulturfortschrittes in Frage stellen.“ Wenn man aber solche ins Schwarze

treffenden Worte reden kann, dann ist es unverständlich, wie unter dem Schutze des gleichen Mannes die Darstellung dieser „Schattenseiten, die den ganzen Wert unseres Kulturfortschrittes in Frage stellen“ können, unterbunden werden konnten, wenn anders nicht solche Worte als zum System gehörend angesehen werden sollen. Dies aber wird man wohl tun müssen, denn der gleiche Mann gebrauchte auf einer Tagung des Ausstellungsdirektoriums im Anfang dieses Jahres noch weitere solcher schönen Worte: „Die Not unserer Mitbürger ist es gewesen, die uns gelehrt hat, das Problem der Hygiene als ein gemeinames, als ein öffentliches, als ein soziales zu empfinden: Die Not hat uns erzogen zu sozialem Empfinden und sozialem Mitgefühl.“ Dieser Prunk mit Worten ist durch die rauhe Wirklichkeit seitdem schon tausendmal Lügen gestraft worden, sie selbst sind nicht nur eine, sondern sie sind der Typ der konventionellen Lüge, die die „Großen“ unserer Zeit in bezug auf die Arbeiterfrage beherrscht. Not und Sorge, die ständigen Begleiter des gütlichschaffenden Arbeiters, zwingen ihn zum gefügigen Werkzeug dieser „Großen“, die durch gleichzeitige Worte sich in sein Vertrauen einschleichen wollen. Prüft deren Taten und stellt diese in Vergleich mit ihren Worten, dann erst erkennt ihr deren Werk. Und die Hygieneausstellung mit all den vielen schönen, gemeinnützigen Kongressen, die sie im Laufe dieses Jahres nach Dresden zog, hat uns wahrlich viele Worte gebracht, Worte, die goldene Verge versprechen. Was haben wir davon? Als Symptom eine Ausstellung, die einseitig die Interessen der Unternehmer und Kapitalisten vertritt und den Arbeitermann, der seine Verhältnisse, seine Not schildern wollte, abweist. Beziehung zu sozialem Empfinden und Mitgefühl heißt man das bei uns nach den Worten des sächsischen Ministers.

seines Amtes als Fachlehrer tut, wenn das niemanden etwas angehen soll. Wenn er aber seine Weisheit in den Fachblättern verzapft, dann muß er schon gefälligst gestatten, daß man diese kritisiert und ins rechte Licht rückt, zumal er uns nicht der Mann zu sein scheint, solche Urteile mit Recht abzugeben, wie er es von der königlichen Bibliothek und dessen Leiter getan hat.

Die „Zeitschrift des Werkmeisterverbandes für das deutsche Buchbindergewerbe und verwandte Berufe“ schreibt ihm folgenden netten Spruch ins Album: „... (Wir) wollen nun auf den Kern der Frage zurückkommen, ob Herr Kersten überhaupt in der Lage war, ein so umfassendes und abfälliges Urteil über diesen nichtrationellen Staatsbetrieb zu fällen oder nicht. Es wiederholt sich hier, was schon so oft der Fall war, daß, wenn es sich um eine die Allgemeinheit der Buchbinderei interessierende Angelegenheit handelt, nur noch Herr Kersten dazu berufen erscheint, sein Votum dafür oder dagegen einzulegen. Daß Herr Kersten dabei sehr oft daneben haut, das haben wiederholt die Auseinandersetzungen in streitigen Fachfragen in der Fachpresse bewiesen.“ Zum Schluß wird Herrn Kersten noch geraten, seine fachschriftstellerische Tätigkeit etwas einzuschränken, da seine Kost — nicht zu verdammen sei. — Das ist zwar grob, aber es scheint zu stimmen.

Arbeitslosenstatistik.

Bei der Berichterstattung an das Kaiserliche Statistische Amt über die Arbeitslosigkeit in den deutschen Fachverbänden wurden an dem für den Monat September in Betracht kommenden Stichtag — 30. September — durch unsere Organisation in 132 berichtenden Zahlstellen mit 15 614 männlichen und 14 219 weiblichen, zusammen 29 933 Mitgliedern, 383 männliche und 194 weibliche, zusammen 577 am Ort befindliche arbeitslose Mitglieder festgestellt. Außerdem sind an diesem Tage noch 68 auf der Reise befindliche männliche Mitglieder in diesen Zahlstellen zugerechnet, so daß insgesamt in den 132 Orten 645 arbeitslose Mitglieder ermittelt wurden. 3 Zahlstellen mit zusammen 41 männlichen und 65 weiblichen Mitgliedern haben nicht berichtet und sind daher in obigen Zahlen nicht mit enthalten.

Auf je 100 Mitglieder kamen bei den männlichen 2,9, bei den weiblichen 1,4 und bei beiden zusammen 2,2 Arbeitslose.

Ein Vergleich mit den Ergebnissen der Berichterstattung in den Vormonaten sowie in den gleichen Monaten der beiden letzten Jahre ergibt folgendes Bild:

Monat	Arbeitslose Mitglieder am jeweiligen Stichtag (am Ort u. auf der Reise befindlich)			Arbeitslose auf je 100 Mitglieder					
	m.	w.	auf.	1911			1910		
				m.	w.	auf.	m.	w.	auf.
Januar . . .	617	449	1066	4,0	3,3	3,7	2,9	4,2	
Februar . . .	537	392	929	3,5	2,9	3,2	2,8	4,4	
März . . .	428	281	709	2,8	2,0	2,4	2,5	3,7	
April . . .	402	280	682	2,7	1,7	2,2	2,7	3,5	
Mai . . .	488	246	732	3,2	1,8	2,5	3,1	3,8	
Juni . . .	573	262	835	3,8	1,9	2,9	2,8	4,0	
Juli . . .	600	287	887	3,9	2,1	3,1	2,9	4,3	
August . . .	568	328	896	3,8	2,3	3,1	2,4	4,3	
September . .	451	194	645	2,9	1,4	2,2	2,3	2,9	

Von den 3 Zahlstellen Bromberg, Silberstein und M.-Gladbach sind die Berichtsarten trotz wiederholter erfolgter Mahnung nicht eingekandt worden.

Im abgelaufenen 3. Quartal wurden von den 132 berichtenden Zahlstellen insgesamt 3776 Fälle von Arbeitslosigkeit mit zusammen 58 017 Arbeitslosetagen gemeldet. Davon entfallen auf die männlichen Mitglieder 2140 und auf die weiblichen 1636 Fälle von Arbeitslosigkeit. Auf je 100 Mitglieder waren demnach im 3. Quartal bei den männlichen Mitgliedern 13,7, bei den weiblichen 11,4 und bei beiden zusammen 12,6 Fälle von Arbeitslosigkeit zu verzeichnen.

Gegenüber dem gleichen Quartal des Jahres 1909 mit 13,7 Fällen ist immer noch eine geringe Abnahme gegenüber dem gleichen Quartal des Jahres 1910 mit 10,7, sowie auch gegenüber dem zweiten Quartal dieses Jahres mit 11,8 Fällen, dagegen schon wieder eine Zunahme der Arbeitslosetage zu konstatieren.

Die Dauer der Arbeitslosigkeit, nach dem Verhältnis der gemeldeten Fälle zu den gezählten Arbeitslosetagen berechnet, ergibt im 3. Quartal für jeden Fall von Arbeitslosigkeit im Durch-

schnitt 15,4 Arbeitslosentage. In dieser Beziehung zeigt sich gegenüber den gleichen Quartalen der beiden Vorjahre wohl noch eine Besserung, gegenüber dem 2. Quartal dieses Jahres jedoch bereits wieder eine Verschlechterung, die jedoch infolge der in den Sommermonaten vorherrschenden ungünstigen Geschäftszeit wohl in jedem Jahre eintreten wird. Es wurden ermittelt:

Quartal	Jahr	Zahl der		Durchschnittlich		
		gemeldeten Fälle von Arbeitslosigkeit	gezählten Arbeitslosentage	tamen Arbeitslosentage auf 1 Fall von Arbeitslosigkeit		
		1911	1910	1911	1910	1909
3. Quartal	1910	2967	48 125	16,2	19,8	
4. "	1910	3592	40 559	11,3	12,5	
1. "	1911	3778	60 045	15,9	14,7	18,8
2. "	1911	3428	48 258	14,1	14,5	17,3
3. "	1911	3776	58 017	15,4	16,2	19,8

Unterstützung an Ort haben im zweiten Quartal insgesamt 1617 Mitglieder für 30 556 Tage zusammen 41 490,15 Mk. bezogen, und zwar 1053 männliche Mitglieder für 21 486 Tage 30 454,65 Mk. und 564 weibliche Mitglieder für 9070 Tage 11 035,50 Mk.

Außerdem wurde an auf der Reise befindliche Mitglieder noch für 6063 Tage 5806,91 Mk. Unterstützung gezahlt, so daß insgesamt für 36 619 Unterstützungstage 47 297,06 Mk. an Unterstützung zu zahlen war.

Die Zahl der unterstützten Personen wie auch der Unterstützungstage und die Höhe der zur Auszahlung gelangten Unterstützungssumme hat gegenüber dem 2. Quartal dieses Jahres, sowie auch gegenüber den gleichen Quartalen der beiden Vorjahre wieder eine ganz bedeutende Steigerung erfahren. Ueber die in den einzelnen Quartalen ermittelten Ziffern gibt nachfolgende Tabelle Auskunft:

Quartal und Jahr	Zahl der				Summe d. a. d. Arbeitslos. a. Ort gezahlte Unterstütz.			
	unterstützten Personen am Ort		Unterstützungstage am Ort		1910 und 1911			
	männl.	weibl.	männl.	weiblich	männl.	weiblich	1909	
1910	1.	781	462	15358	7722	21057	8600	41156
	2.	825	369	17845	5875	24995	7249	35263
	3.	919	427	19137	6672	28170	8002	36168
	4.	837	579	14135	3097	22520	9843	22882
1911	1.	1021	807	22937	15664	37945	17190	.
	2.	873	459	17297	7718	25284	9176	.
	3.	1053	564	21486	9070	30455	11035	.

Wir geben nun noch eine Uebersicht über die an auf der Reise befindliche Mitglieder gezahlte Unterstützung, sowie die dabei gezählten Unterstützungstage. Die Zahl der dabei unterstützten Personen läßt sich aus den Berichtsarten nicht feststellen, weil in den verschiedenen Zustellen immer wieder die gleichen Reisenden sich melden.

Quartal und Jahr	Zahl der Unterstützungsstage		Gezahlte Unterstützung		1909 an männl. und weibl. Reisende zusammen	
	bei männl. Reisenden	bei weibl. Reisenden	an männl. Reisende	an weiblich. Reisende		
	Tage	Tage	Mk.	Mk.		
1910	1. Quartal	1834	52	1825	46	2209
	2. "	3829	64	3608	68	3592
	3. "	6055	29	5606	30	5925
	4. "	2893	45	2860	54	2561
1911	1. Quartal	2064	54	1984	58	.
	2. "	3218	42	3188	48	.
	3. "	6005	58	5768	49	.

War der Streik in der Berliner Geschäftsbücherbranche erfolglos?

In der „Papierzeitung“ sowie dem „Allgemeinen Anzeiger für Buchdruckereien“ und der „Zeitschrift des Wertmeisterverbandes“ wird über den am 4. Oktober beendeten Zustand in den Berliner Geschäftsbücherfabriken in der Weise berichtet, daß erstere von einem „leichtfertig begonnenen Zustand, welcher mit einem vollen Sieg der Arbeitgeber geendet“, spricht. Der „Allgemeine Anzeiger“ schreibt, der „ausgebrochene Streik der Kontobucharbeiter und -arbeiterinnen ist erfolglos verlaufen“. Die „Zeitschrift des Wertmeisterverbandes“ redet gar davon, daß „die Injanzierung des Streiks ein Spiel mit dem Feuer“ gewesen sei. Diese Darstellungen entsprechen nicht den Tatsachen. Es soll in nachstehenden Zeilen dargelegt werden, welche materiellen und ideellen Vorteile für die Arbeiterschaft der Geschäftsbücherbranche Berlins der Zustand gezeitigt hat:

Seitentlohnung	Arbeitszeit	Alter Tarif		Neuer Tarif		
		Arbeitszeit ab 1. 10. 11	Arbeitszeit ab 1. 1. 12	Arbeitslohn	mehr gegen früher	
a) für ung. Arbeiterinnen im 1.-6. Monat . . .	54	0,19 = 10,26	53 1/2	53	11,00	72
b) für ung. Arbeiterinnen im 7.-9. Monat . . .		0,22 = 11,88			13,00	112
c) für ung. Arbeiterinnen im 10.-12. Monat . . .		0,25 = 13,50			14,00	50
d) nach dem 12. Monat, sowie f. alle geübte Arbeit.		0,30 = 16,16			19,00	284
e) für Spezialarbeiterinnen (Büchlerinnen, selbständ. Antiquarinnen, Goldauktügerinnen, Gestirmerinnen an d. Buchheimmaschine, (Druck und Faden) Maschinenanwärterinnen) . . .		0,38 = 20,52			21,00	48
f) für Buchbinder, die sich mind. im 4. Jahr ihrer Berufstätigkeit befinden		0,44 = 23,76			23,00	—
g) für Buchbinder, die sich mind. im 5. Jahr ihrer Berufstätigkeit befinden		0,46 = 24,84			24,00	—
h) für Buchbinder, die sich mind. im 6. Jahr ihrer Berufstätigkeit befinden		0,51 = 27,54			30,50	296
i) Spezialarbeiter (Beimesser, Presser, Wärmorreiner, Linierer) . . .		0,53 = 28,62			32,00	338

Für die unter e, f, g, h und i ausgeführten Arbeitergruppen erfolgt ab 1. Oktober 1913 eine Lohnerhöhung von 1 Mk. mit Ausnahme von e, wo eine Erhöhung von 50 Pf. eintritt. Bei den Gruppen f und g tritt keine Kürzung des bisherigen Wochenlohnes ein.

Diejenigen Arbeiter bzw. Arbeiterinnen, die durch die Festsetzung der obengenannten Mindestlöhne eine geringere Zulage als 1 Mk. bzw. 50 Pf. erhalten, bekommen 1 Mk. bzw. 50 Pf. pro Woche mehr.

Bei Montagearbeit ist pro Stunde 10 Pf. mehr zu vergüten.

Neben diesen die materiellen Verbesserungen im Verträge betreffenden Bestimmungen fand das Arbeitsverhältnis der in den Geschäftsbücherfabriken im Vorord beschäftigten Personen eine zufriedenstellende Regelung. Ferner wurde ein Schlichtungsausschuß eingesetzt, welchem die Aufgabe zugewiesen wurde, alle Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis bezüglich der Auslegung der Bestimmungen der Werkstudentenverträge zu schlichten.

Das sind Bestimmungen, welche — wenn über sie am 28. September 1911 eine Diskussion zugelassen beziehungsweise wenn sie damals bewilligt worden wären — seitens der Arbeiterschaft Annahme gefunden hätten. Es hätte bei einigermaßen größerer Besonnenheit der Arbeitgeber der Streik vermieden werden können. Am 28. September hieß es aber nur, wenn der von der Vereinigung Berliner Buchbinderbesitzer des Geschäftsbücherfaches zu Berlin nunmehr akzeptierte Tarifvertrag vom 21. Juli 1911 von der Arbeiterschaft in der Geschäftsbücherbranche nicht akzeptiert wird, so bedeute das einen Tarifbruch!

Von den Vertretern der Arbeiterschaft wurde mit Recht hervorgehoben, daß die Arbeiterschaft es ablehnt, einen Tarifvertrag als für sich bindend anzuerkennen, bei dessen Abschluß in keiner Weise zum Ausdruck kam, daß er für eine Arbeitergruppe derselben Organisation gelten solle, welche in einem gesonderten Vertragsverhältnis stand. Die Arbeiterschaft der Geschäftsbücherbranche lehnt es prinzipiell ab, einen Vertrag anzuerkennen, welcher ihr Arbeitsverhältnis nicht vollständig regelt und an dessen Zustandekommen die Branche bzw. deren Vertreter nicht mitgewirkt haben.

Der vierstägige Zustand brachte die Einreihung von Spezialarbeitern und

Spezialarbeiterinnen in den Vertrag vom 21. Juli 1911, brachte eine Regelung des Arbeitsverhältnisses der im Vorord beschäftigten Personen, erzielte die Mitwirkung der Vertreter der Branche bei dem Zustandekommen der Vereinbarung, erwirkte die Einsetzung einer besonderen Schlichtungsinstanz, in der Vertreter der Branche Recht sprachen.

Von all diesen Dingen war am 28. September nicht zu reden. Die Anregung eines Vertreters der Branche, den Vertrag zu ergänzen, fand kein Gehör.

Unrichtig ist es darum von den obengenannten Zeitschriften, von einem erfolglos beendeten Streik zu berichten.

Die Lohnkämpfe in der Berliner Album-, Mappen- und Galanteriewarenindustrie.

Mit dem Tarifabschluß in der Berliner Album-, Mappen- und Galanteriewarenindustrie war noch keineswegs der Friede in allen Betrieben der Industrie eingeleitet. Zwar kam der Tarifabschluß inapp zur rechten Zeit, so daß ein die gesamte Industrie umfassender Kampf gerade noch vermieden wurde. Zweifelloß wäre es ein Kampf geworden von einem Umfange und einer Bedeutung, wie er in dieser von wirtschaftlichen Kämpfen bisher fast völlig verschont gebliebenen Industrie kaum für möglich gehalten wurde. Noch nie standen sich in dieser Branche Arbeitgeber und Arbeitnehmer so kampfbereit gegenüber, wie diesmal. Die Arbeiterschaft dieser Branche zählt nämlich zu jenen Arbeitergruppen, die stets zuerst und mit aller Härte die wirtschaftlichen Krisen mit all ihren Folgen zu spüren bekommen. Die letzte Krise machte sich bei der Album- und Galanteriewarenindustrie ganz besonders fühlbar. Nicht genug, daß die Kollegen in den Jahren 1907, 1908 und 1909 durch lang anhaltende Arbeitslosigkeit und den fast regelmäßig beständigen Ausfall halber Arbeitstage außerordentlich empfindliche Schwälungen ihres Einkommens hinnehmen mußten. Es fehlte ihnen auch nicht an rüchichtslosen, ja brutalen Unternehmern, die das Risiko, welches die Krise von ihnen fordert, auch noch auf die Schultern der Arbeiter meistens mit Erfolg abzumägen versuchten. Entweder wurden die Löhne herabgesetzt, oder aber es wurden an den einzelnen Arbeiter bei gleichem Lohn bedeutend größere Anforderungen gestellt. All das veranlaßte die Kollegenschaft, sich nunmehr auf sich selbst zu verlassen. Zum ersten Male gelang es, insbesondere die Albumarbeiterschaft für ein Vorgehen auf der ganzen Linie zu interessieren. Zwar war das Jahr 1909 einem solchen infolge der noch herrschenden Geschäftsflaute wenig günstig. Infolgedessen wurde davon abgesehen, Forderungen zu erheben, sondern man beschränkte sich auf die Erhaltung des Bestehenden, indem teils beabsichtigte, teils schon durchgeführte Verschlechterungen durch die Forderung eines bestimmten Garantielohnes aufzuhalten bzw. rückgängig zu machen gesucht wurden. Der dadurch entfesselte Kleinkrieg, der auch den Unternehmern höchst unbequem war, führte schließlich dazu, daß sich der größte Teil der maßgebenden Arbeitgeber einer bestehenden Arbeitgeberorganisation, der Vereinigung Berliner Lederwarenfabrikanten anschloß, mit der es schließlich zu einem Tarifabschluß für die gesamte Album-, Mappen- und Galanteriewarenindustrie kam, der die Kollegenschaft einigermaßen vor brutalen Eingriffen rüchichtsloser Unternehmer in ihre Lohnverhältnisse schützte. In diesem Jahre nun erreichte dieser Tarifvertrag wieder sein Ende. Inzwischen hatte sich die durch die famose Reichsfinanzreform heraufbeschworene Lebensmittelteuerung wie ein Alb drückend auf die Schultern der Arbeiterschaft gelegt und deren Lebenshaltung ungünstig beeinflusst. Aber auch das Vertrauen zur Organisation war bei unseren Kollegen in der Album- und Galanteriewarenbranche im beständigen Wachsen geblieben. Immer mehr Kollegen und Kolleginnen, die bisher dem Verbands abwartend, ja zweifelnd gegenübergestanden hatten, schlossen sich ihm an. Die Wirtschaftskrise ist ihnen eine Lehrmeisterin gewesen. Gerade sie hat den Kollegen und Kolleginnen gezeigt, wie notwendig der Anschluß an den Verband ist; nur durch ihren Zusammenschluß konnten sie Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gewinnen. Und niemals mehr als in diesem Jahre war solcher Einfluß vonnöten. Die Kollegen und Kolleginnen hatten begriffen, daß sie, wenn sie nicht nur vegetieren, sondern leben wollen, sich ihren Anteil an den Kulturwerten auch fordern müssen. Und so haben sie denn mit wachsender Spannung dem Tarifablauf entgegen.

Auf der anderen Seite stand ein Unternehmertum, welches — was anerkannt werden muß — im Zeitalter des Schutzkolles keineswegs auf Rosen getreten ist. Die Berliner Album- und Galanteriewarenindustrie ist eine ausgeprägte Exportindu-

Gelesene Nummern der „Buchbinder-Zeitung“ wirft man nicht fort, sondern gibt sie seinen nichtorganisierten Nebenkollegen

strie. Den Unternehmern steht infolgedessen nicht — wie den Unternehmern in anderen Industrien — ein bestimmender Einfluß auf die Preisbildung für ihre Erzeugnisse zu. Wenn der eigene Profit an einem bestimmten Artikel eben eine Schmälerung nicht mehr betragen kann und die Möglichkeit einer Vereinfachung der Herstellung desselben nicht gegeben ist, so muß er eben aufgegeben werden. Es ist deshalb nur ganz erklärlich, wenn ein solch bedrängtes Unternehmertum gegenüber den Forderungen der Arbeiterchaft den denkbar größten Widerstand leistet. Eifrig wurde deshalb auch in den Kreisen der Arbeitgeber, insbesondere in den letzten Wochen der alten Vertragsgemeinschaft, die Werbetrömmel gerührt, um für den bevorstehenden Kampf mit der Arbeiterchaft besser gerüstet zu sein. Ja, die Fabrikanten fühlten sich sogar recht stark. Drohten sie doch noch kurz vor dem 1. Juli mit einer allgemeinen Aussperrung für den Fall, daß die gemeinsamen Verhandlungen zu keinem Ergebnis führen sollten.

Um so überraschender war es, als es doch noch zur rechten Zeit zu einer Verständigung über die wesentlichsten Punkte der Forderungen der Kollegenschaft kam und der Kampf auf der ganzen Linie vermieden wurde, der gerade in diesem Gewerbe sehr tiefe und auf lange Zeit sichtliche Spuren zurückgelassen haben würde. War auch das schlimmste vermieden, so sollten doch der Arbeiterchaft Kämpfe nicht erspart bleiben. Abgesehen davon, daß die Durchführung des neuen Tarifvertrages selbst in den Betrieben, deren Inhaber der vertragsschließenden Arbeitgebervereinigung angehören, auf zum Teil ziemlich erhebliche Schwierigkeiten stieß, so daß selbst jetzt noch die Tarifinstanzen eine ganz beträchtliche Summe von Aufräumungsarbeiten zu leisten haben, waren bei der Ausbreitung des Tarifvertrages, d. h. seine Anerkennung durch die der Arbeitgebervereinigung fernstehenden Fabrikanten zu erzielen, sogar recht bedeutende Widerstände zu überwinden. Diese Kämpfe mögen hier registriert und ihr Verlauf kurz geschildert werden.

Der erste Streik kam bei der Firma G. d. Wolf u. Co., Albumfabrik, zum Ausbruch. Die Firma gehört der Arbeitgebervereinigung nicht an und weigerte sich, den Tarif anzuerkennen. Der Mitinhaber der Firma, Herr Adolf Niese, ein ehemals langjähriges Mitglied unseres Verbandes, welcher sogar einstmals an der Spitze der Berliner Zahlstelle gestanden, hatte nämlich in der Bestimmung des Vertrages, die vor allem die Sicherstellung der Vertrauensleute bezweckt, ein Haar gefunden. Diese Bestimmung lautet:

„Maßregelungen und Entlassungen aus Anlaß der Agitation für diesen Tarif oder wegen Zugehörigkeit zur Organisation dürfen nicht stattfinden. Wird durch Schiedspruch festgestellt, daß ein Arbeiter oder Arbeiterin infolge Eintretens für die Einhaltung der vertraglichen Bestimmungen oder wegen Zugehörigkeit zur Organisation die Arbeit aufgesündigt worden ist, so hat der Arbeitgeber dem oder der so Gemahrgelten bis zum Ablaufstermin der im Betrieb üblichen Kündigungsfrist eine Entschädigung in der Höhe des tarifmäßigen Lohnes zu zahlen und nach Ablauf der Kündigungsfrist eine weitere Entschädigung von 5 Mk pro Tag der Arbeitslosigkeit bis zur Höhe von 60 Mk für männliche und 3 Mk pro Tag bis zur Höhe von 36 Mk für weibliche Arbeiter.“

„Ja, mein Kompanion, der kennt die Sachen in Ihrem Verband, und der weiß auch, wie das mit den Maßregelungen gemacht wird“, erklärte Herr Wolf bei der Verhandlung mit der Lohnkommission. Herr Niese kannte schließlich die Albumarbeiter von früheren Zeiten her als sehr geduldig und genügsam und glaube am allerwenigsten an die Möglichkeit eines Streiks in seinem eigenen Betriebe. Um so verwunderter mag er gewesen sein, als gerade seine Arbeiter zuerst in einen Kampf um die Anerkennung des Tarifs eintraten, an dem sich selbst die Unorganisierten beteiligten. Die gerade zufällig wegen anderer Dinge zusammen tretenden Vorstände der beiderseitigen Organisationen beschäftigten sich auch mit diesem Streik. Der Vorstand der Arbeitgebervereinigung unternahm einen Vermittlungsversuch, der von Erfolg war, so daß der Streik schon nach zwei Tagen wieder beigelegt war.

Am 1. August kam es bei der Firma Voepert u. Ruhnke, Albumfabrik, zum spontanen Ausbruch eines Streiks, veranlaßt durch die Angeuld der Kollegenschaft, die stürmisch die Erfüllung der Verpflichtungen forderte, die die Unternehmer durch den Tarifabschluß übernommen hatten. Die Firma Voepert u. Ruhnke gehört der Arbeitgeberorganisation an. Die letztere hatte einigen Bestimmungen des neuen Tarifvertrages eine den Arbeitern nachteilige Auslegung gegeben und ihre Mitglieder verpflichtet, sich an dieselbe zu halten. Die Bemühungen unserer Lohnkommission, die Arbeitgebervereinigung von ihren Beschlüssen abzubringen, waren vergebens und die Tarifinstanzen konnten nicht rechtzeitig zusammentreten, weil bald nach dem Tarifabschluß

ein gut Teil der Fabrikanten ihre etwas verhärteten Sommerferien angetreten und in ihrer Sorglosigkeit die Wahl ihrer Vertreter für die Tarifinstanzen unterlassen hatten. So entschloß sich denn die Kollegenschaft trotz aller Warnungen der Verbandsleitung, die Streitfragen durch Kampf auszugetragen. Sämtliche 35 Kollegen und Kolleginnen, die im Betriebe beschäftigt waren, legten einmütig die Arbeit nieder. Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes drohte mit energischen Maßnahmen, wenn die Arbeit nicht sofort wieder aufgenommen werde, die Verbandsleitung beschwor die Kollegen, zur Arbeit zurückzukehren. Alles vergebens. Doch um so größere Freude an dem Streik hatte die übrige Kollegenschaft der Branche, von denen die Streikenden immer wieder neuen Zuspruch bekamen und in ihrem Verhalten bestärkt wurden. Noch nie haben die Prinzessinnenstraße, in der der bestreikte Betrieb liegt, soviel Kollegen und Kolleginnen in den Morgen- und Abendstunden durchzogen, als in den Tagen des Streiks bei der Firma Voepert u. Ruhnke. Ein Streik der Albumarbeiter war eben etwas gänzlich Ungewohntes. Darum genossen auch die Streikenden die Sympathien aller ihrer Kollegen und Kolleginnen. Die Unternehmerorganisation mußte schließlich erkennen, daß der Streik nicht durch Drohungen beigelegt war, sondern nur durch Klärung der Streitfragen, die längst geschehen sein konnte. Es war überhaupt ein Wunder, daß nicht mehr Vertragsfirmen in einen Kampf verwickelt wurden, denn eine ganze Reihe von Fabrikanten ließen sich mit der Erfüllung der eingegangenen Pflichten überhaupt sehr viel Zeit. In mehr als einem halben Duzend der Betriebe mußten die Arbeiter überhaupt zwei Monate lang auf die Gewährung der Lohnzulagen warten. Hier hätte die Arbeitgeberorganisation eine ihr besser anstehende Aufgabe zu erfüllen gehabt, indem sie ihre Mitglieder zur Erfüllung des Vertrages anhielt, als ihnen einen untauglichen Kommentar des Vertrages zu machen. Dann wären auch die Opfer, die der Streik bei Voepert u. Ruhnke forderte, beiden Seiten erspart geblieben. Unter dem Druck des Streiks traten denn auch in wenigen Tagen die Tarifinstanzen zur Erledigung der längst akuten Streitfragen zusammen. Die Schlichtungskommission, ihre Ohnmacht selbst erkennend, gab die Angelegenheit unerledigt sofort an die Berufungsinstanz, das Einigungsamt, ab, welches zwar die Arbeitsniederlegung bei der Firma Voepert u. Ruhnke mißbilligte, aber in den materiellen Streitfragen der Arbeiterchaft beitrug. So erreichte der Streik nach einwöchiger Dauer sein Ende. (Schluß folgt.)

Wie bekommt die Etuisbranche einen geregelten Arbeitsnachweis?

Mit dieser Frage beschäftigen sich die Kollegen unserer Branche schon seit Jahren, aber bis jetzt ohne Erfolg. Denn wenn man die Art und Weise sieht, in der unsere Kollegen Arbeit suchen, ist es kein Wunder, daß Arbeitslose auf dem Nachweis vergebens auf Arbeit warten. Es ist bedauerlich, daß Kollegen, die in Arbeit sind, noch in den Werkstuben schriftlich oder mündlich nach Arbeit fragen. Wenn sich die Kollegen verbessern wollen, dann sollen sie sich erst an den Obmann wenden und fragen, ob noch Arbeitslose da sind, und diesen das Vorrecht lassen. Genau denselben Rat möchte ich den Kollegen aus der Provinz geben. Wenn sie gern in Berlin arbeiten wollen, sollen sie sich erst an den Obmann des Zentralarbeitsnachweises, den Kollegen Rich. Wendt, Tempelhofer Vorstadtstr. 7a, wenden und sich dort Nachricht holen. Denn wenn wir die Fabrikanten auf unseren Arbeitsnachweis aufmerksam machen, so heißt es einfach, ich bekomme so viel Anfragen, daß ich den Nachweis gar nicht brauche. Hoffentlich wird jetzt bald eine Konferenz der Branche stattfinden, wo wir über den Arbeitsnachweis einen Beschluß fassen können. Wie notwendig eine Konferenz ist, ergibt sich schon aus den Artikeln, die in der „Buchbinder-Zeitung“ erschienen sind. Deshalb müßte schon jedes Mitglied der Branche dahin streben, daß eine Konferenz stattfindet. Also, Kollegen und Kolleginnen, erfülle jeder seine Pflicht, und wir haben dann bald einen geregelten Arbeitsnachweis und eine starke Organisation.

Berlin. R. W.

Jeder in einer Buchbinderei tätige Kollege, sowie auch jede Kollegin sollte im Besitze eines Tarifes sein! :: :: ::

Korrespondenzen.

Gesperret sind:

Deutschland:
 Berlin (für Kontobucharbeiter und Arbeiterinnen); (Stella-Verlag, Buchbinderei).
 Chemnitz (für Kartonnagenarbeiter und Arbeiterinnen).
 Hildesheim (Firma Borgmeyer).
 Oesterreich:
 Lemberg (Buchbinder);
 Wien (Etnisarbeiter und Arbeiterinnen).
 Serbien:
 Belgrad (Firma M. Wasper, Buchbinder, Kartonnagenarbeiter und Arbeiterinnen).
 Infolge Lohnbewegungen ist Zugang fernzuhalten von:

Deutschland:
 Regensburg (Buchbinder und Arbeiterinnen);
 Vor Arbeitsannahme erkundigen:

Deutschland:
 Kiel (Buchbinder und Arbeiterinnen);
 Oldenburg (Buchbinder und Arbeiterinnen).
 Schweiz:
 Zürich (Buchbinder);
 Freiburg (Buchbinder);
 Genf (Buchbinder, Kartonnagen- und Etnisarbeiter- und Arbeiterinnen).

Chemnitz. Der Kampf der Kartonnagenarbeiterchaft dauert noch an. Einige Betriebe haben Zugeständnisse gemacht und wurde in diesen die Arbeit bereits wieder aufgenommen. Chemnitz bleibt noch wie vor gesperrt.

Hildesheim. Am 9. Oktober traten in Hildesheim 3 Kollegen und 3 Kolleginnen in den Streik, um eine von der Firma Borgmeyer geplante Verlängerung der Arbeitszeit abzuwehren.

Leipzig. In der an den Kämpfen im Steindruckgewerbe beteiligten Kunstanstalt Pinkau u. Co. reichte infolge Maßregelung des Vertrauensmannes das gesamte Personal der Buchbindereiabteilung die Kündigung ein. Beteiligt sind 4 Kollegen und 45 Kolleginnen. Die Firma hatte schon vorher wiederholt versucht, unsere Kolleginnen zur Verrichtung von Streikarbeit zu bewegen.

Reutlingen. Die Lohnbewegung wurde mit der Annahme eines Vergleiches beendet. Näherer Bericht hierüber folgt.

Heilbronn. Auch hier ist die Bewegung beendet worden. Ueber den Abschluß werden wir noch berichten.

Gau IX. In verschiedenen Orten des Gaues drohen Differenzen auszubrechen. Wir ersuchen daher dringend, vor Arbeitsannahme nach irgendeinem Orte in Thüringen sich beim Gaubevollmächtigten nach den bestehenden Verhältnissen zu erkundigen. Vor allem ist der „Allgemeine Anzeiger für Buchbindereien“ zu beachten, dessen Schifffreierate unseren Kollegen gute Versprechungen machen, von denen in der Regel nicht viel eingehalten wird.

Chemnitz. Eine öffentliche Versammlung der in Kartonnabetrieben Beschäftigten lagte hier am 14. Oktober. Sie nahm den Bericht des Gauleiters, Kollegen Ffücke, entgegen über die bereits stattgefundenen Verhandlungen mit Prinzipalen, bezw. ihrem Vertreter. Ffücke schilderte die Schwierigkeiten, mit denen die Unterschänder zu kämpfen hatten und gab die einzelnen Positionen der Vereinbarungen bekannt. Bezüglich der Verkürzung der Arbeitszeit sei nicht mehr zu erreichen gewesen, als die um eine Stunde; es soll also die 57stündige Arbeitszeit festgelegt werden. Dann ging er die Löhne der verschiedenen Arbeiterkategorien und der Altersklassen durch und kam schließlich zur Empfehlung der Annahme der Vereinbarungen, als deren Folge er die Arbeitsaufnahme bei drei Firmen bezeichnete. Die weiteren Verhandlungen müßten dann die Einführung derselben Verein-

Barungen für alle anderen Betriebe bringen. Die Abmachungen sollen auf 3 Jahre Gültigkeit haben. Wenn auch nicht alles erreicht worden sei, so sei doch eine Besserung der Verhältnisse zu erkennen und ganz besonders Wert habe die Tatsache, daß nun endlich tarifliche Verhältnisse für die Branche auch in Chemnitz eingeführt werden.

Nege Aussprache folgte diesen Ausführungen. Restlose Befriedigung konnte nicht festgestellt werden, es sprachen einige Redner sogar ziemlich unerbötlichen die Ansicht aus, daß das Erreichte zu gering sei; andere Redner bezeichneten aber die Abmachung für eine Grundlage, auf der weiter gearbeitet werden könne. Diese Ansicht setzte sich dann auch durch, so daß die Tarifvorlage vorläufigsgemäß Annahme fand. Mit dem Wunsche, daß der Tarifkampf bald von vollem Erfolg begleitet sein, daß bis dahin aber alle Ausständigen ihre Pflicht erfüllen möchten, schloß der Vorsitzende die stark besuchte von Kampfesstimmung erfüllte Versammlung.

Kassel. Am 7. Oktober fand hier eine öffentliche Versammlung statt, in der Gauleiter Kornard-Hannover über: „Der Ablauf unseres Tarifes und welche Stellung nehmen die Kollegen und Kolleginnen Kassels dazu ein?“ referierte. In trefflicher Weise verstand es der Referent, den Anwesenden die dringende Notwendigkeit der Organisation zu erläutern. Da unser mit den Buchdruckerbesitzern 1907 abgeschlossener Tarif Ende 1911 abläuft, so stehen wir hier vor der Notwendigkeit, einen besseren Tarif einzuführen. Auch mit der Forderung einen Tarif zustande zu bringen, um endlich die Lohnverhältnisse zu bessern und einheitlich zu regeln, soll unsere Aufgabe sein. Werden doch hier noch Löhne bezahlt, die den heutigen Verhältnissen schon sprechen. Durch Hausagitation gelang es, einige Aufnahmen zu machen. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die am Sonnabend, den 7. Oktober, tagende Versammlung erkennt an, daß die heute in Kassel bestehenden Tariflöhne in keiner Weise den gegenwärtigen Feuerungsverhältnissen entsprechen. Die Versammlung beschließt deshalb, da der gegenwärtig bestehende Tarif am 1. Januar 1912 abläuft, in die Tarifbewegung einzutreten und beauftragt den Vorstand der Zahlstelle Kassel und die neu zu wählende Tarifkommission, eine Tarifvorlage auszuarbeiten, in der die Minimallöhne einigermaßen den Feuerungsverhältnissen entsprechend angelegt werden. Die Versammlung verpflichtet sich, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß diese Tarifvorlage bei den Arbeitgebern Anerkennung findet.“

Nach einem anfeuernden Schlusswort des Referenten, treu zusammenzuhalten, um die Lohnbewegung zu gutem Ende zu führen und in der Werbung neuer Mitglieder nicht zu erlahmen, erfolgte mit einem Hoch auf den Verband Schluss der für Kasseler Verhältnisse gut besuchten Versammlung.

Eisenberg. Am 10. Oktober referierte Kollege Zinke-Leipzig in einer Versammlung über das Thema: „Welche Lehren ziehen wir aus den vorjährigen Lohnbewegungen in der Etuisindustrie?“ Der Referent ging in großen Zügen auf die Situation ein, die sich im Vorjahre zu Beginn der Bewegung zeigte. Die Organisation hatte einen beachtenswerten Aufschwung genommen, die Kollegen und Kolleginnen waren von Kampfesstimmung befeelt; seitens des Verbandes stand die weitgehendste Unterstützung in sicherer Aussicht, um für die Etuisarbeiter den Zeitverhältnissen entsprechende Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen. Der Geschäftsgang war ausgeglichen, und während der Dauer des Kampfes hat alles in bester Weise zusammengewirkt. Allerdings dürfe nicht unerwähnt bleiben, daß die Bewegung unvollständig in Angriff genommen worden sei, ohne die Vorbereitungen mit der Gewissenhaftigkeit zu treffen, wie dies sonst geschehe. Auch müsse mit der Eigenart des ganzen Industriezweiges gerechnet werden, bei dem es nicht leicht möglich sei, festzustellen, in welchen Orten eb. Streikarbeit hergestellt werde. Andererseits sei nicht ohne Bedeutung, daß in der Branche keine absolut notwendigen Bedarfartikel, sondern mehr Luxusartikel hergestellt würden, die vielfach während der Dauer des Streiks durch billigere Kartonnagen ersetzt worden sein mögen. Das Bestreben der Unternehmer, ihre Betriebe zu dezentralisieren, zeige uns deutlich, daß Bewegungen in der Etuisindustrie auch in Zukunft nicht leicht sein werden, deshalb müsse unser Bestreben darauf gerichtet sein, die Branche genau zu erforschen. Auch müsse unsere Arbeit nachdrücklich dahin gehen, die Angehörigen des Industriezweiges in allen, selbst in den kleinsten Orten für die Organisation zu gewinnen, um spätere Lohnbewegungen einheitlicher zu gestalten. Die sich jetzt noch mehr als bisher bemerkbar machende Verteuerung aller Lebensmittel usw., für die man Beispiele in Masse anführen könne, zeige doch, daß wir nach wie vor bestrebt sein müssen, die Lohnverhältnisse der Etuisarbeiter zu heben. Es sei jetzt ohne Nutzen, die Verantwortung für den Verlauf einzelner Personen aufzuerlegen, vielmehr müsse alles wieder

einmütig im Interesse der Organisation tätig sein, mit deren Hilfe es uns gelingen werde, die Scharte wieder auszuweken.

Eine lebhaft einsehende Diskussion berührte verschiedene Angelegenheiten und endete mit Annahme der nachfolgenden Resolution:

„Die heute am 10. Oktober 1911 im großen Saale der Stadt Leipzig zu Eisenberg tagende Versammlung der Etuisarbeiter erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten, Kollegen Zinke, einverstanden. Sie ist sich bewusst, daß die eigenartigen Verhältnisse in der Etuisbranche ein ganz besonders enges Zusammengehen der Berufsangehörigen Deutschlands erfordern, um eine so notwendige Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeizuführen. Zur Erreichung dieses Zieles scheint ihr die Notwendigkeit der Einberufung einer Etuisarbeiterkonferenz gegeben und ersucht deshalb den Verbandsvorstand, die in den letzten Wochen in der „Buchbinder-Zeitung“ gegebenen Anregungen zu beachten und zu gelegener Zeit eine Konferenz der Etuisarbeiter einzuberufen, auf welcher alle in den letzten Jahren gemachten Erfahrungen zu Nutze und Frommen der Organisation erörtert werden können.“

Langerfeld i. Westf. Hier fand am 14. Oktober eine gut besuchte Versammlung statt, in der Kollege Groenhoff-Eisenberg über die bevorstehende Kartonnagenkonferenz referierte. Einleitend schilderte er in kurzen Strichen unsere allgemeine wirtschaftliche und politische Lage. Er wies dabei auf die Bedeutung der Arbeiterbewegung hin, deren hervorragendes Glied und Rückgrat die Gewerkschaftsbewegung ist. Sodann schilderte er die Lage in der Kartonnagenindustrie mit ihrem Hunger nach billigem und willigem Arbeitermaterial, mit ihrer Schmutzkonkurrenz, mit dem Glend der Hausindustrie einerseits und der hochentwickelten Technik in den modernen Großbetrieben andererseits. Er machte aufmerksam auf das Scharfmachertum in der Industrie, welches die Organisationen der Arbeitgeber beherrscht und anstatt sich gegen die verderbliche Schmutzkonkurrenz zu wehren, lieber mit brutaler Faust die aufstrebenden Arbeiter unterdrücken möchte. Demgegenüber ist zu beachten, daß der Deutsche Buchbinder-Verband als die berufsmäßige Organisation für die Interessen der Kartonnagenarbeiter gerade in dieser Branche noch ein sehr großes Rekrutierungsfeld besitzt. Zahlreiche Kollegen und Kolleginnen stehen noch abseits und müssen gewonnen werden. Ihre Lage ist eine gebrüdete, ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse bedürfen dringend der Verbesserung und tariflichen Regelung. Das alles sind Fragen, die auf der bevorstehenden Konferenz erörtert werden sollen. Diese kann aber nur dann fruchtbringend wirken, wenn sie getragen wird von dem weitgehenden lebendigen Interesse der Berufskreise. Diese müssen das notwendige Material herbeischaffen und mit Anregungen und Anträgen die Konferenz fruchtbar machen. Das Interesse der Berufskollegen muß daher geweckt werden. Redner schloß mit dem Wunsch, daß auch die zahlreichen Langerfelder Kollegen interessiert und für den Verband gewonnen werden mögen. — Der Vortrag wurde mit großem Interesse entgegengenommen. Es entspann sich eine kurze Diskussion, in welcher betont wurde, daß der Referent das Thema in erschöpfender Weise behandelt habe. Der Vertrauensmann Kimmel bat die Langerfelder Kollegen um eifrige Mitwirkung bei der Agitation und zur Aufnahme der Statistik. Auch Kollege Hoffmann sowie andere Kollegen äußerten sich im zustimmenden Sinne.

Beim zweiten Punkt der Tagesordnung, Gründung einer Zahlstelle, wies Kollege Groenhoff einleitend darauf hin, daß sich der Mitgliederstand soweit gehoben habe, daß man wohl zur Gründung einer Zahlstelle schreiten könne. Allerdings dürfe man einen solchen Beschluß keinesfalls übereilen. Wenn eine Zahlstelle gegründet werden soll, muß sie so fundiert sein, daß ihr Bestand auch gesichert ist. Eine zugrunde gegangene Zahlstelle bildet stets ein sehr großes Hindernis für das Wiederaufleben derselben. — In der Diskussion äußerten sich die Kollegen dahin, daß es meistens ältere, erfahrene Kollegen sind, die sich dem Verbands angegeschlossen haben und infolge ihrer Schaffigkeit wohl die Gewähr bieten, daß eine Zahlstelle bestehen kann. Alle Kollegen waren auch der Meinung, daß noch fleißig agitiert werden soll, um mit einer anscheinlichen Mitgliederzahl am Jahreseschluß zur Gründung schreiten zu können. Es wurde dann einstimmig beschlossen, mit dem 1. Januar 1912 die Zahlstelle Langerfeld-Schwelm zu gründen. Vor Jahreseschluß soll noch einmal eine Versammlung stattfinden, in welcher das Resultat der vorzunehmenden Agitation festgestellt werden soll und wo dann auch der Vorstand gewählt wird, so daß mit Jahresanfang die Zahlstelle ins Leben treten kann. In einem kurzen Schlusswort dankte Groenhoff den Kollegen für ihr Erscheinen und gab dem Wunsche Ausdruck, daß die neue Zahlstelle blühen und gedeihen und ein würdiges Glied des Verbandes werden möge.

Es wurden dann noch mehrere Aufnahmen vollzogen, so daß die schönsten Hoffnungen wohl berechtigt sind. An den Kollegen in Langerfeld und Schwelm liegt es nun, durch eifrige Agitation dafür zu sorgen, daß diese Hoffnungen in Erfüllung gehen und daß die Buchbinder und Kartonnagenarbeiter nicht mehr hinter den anderen Berufen zurückstehen brauchen.

Ebersbach-Neugersdorf. So mancher Kollege wird schon im „Leopold Anzeiger“ und ähnlichen Fachblättern Stellenangebote nach hier gelesen haben, und viele sind auch schon auf diese vielversprechenden Inserate hereingefallen. Zum großen Teil sind es aber auch Verbandskollegen, welche sich ganz ruhig über ihre Pflicht, sich vor Stellungsannahme bei den örtlichen Bevollmächtigten zu erkundigen, hinwegsetzen und die dann nach kurzer Zeit, gründlich enttäuscht, wieder abreisen mußten. Wenn jemand glaubt, hier gute dauernde Stellung mit hohem Lohn zu finden — wie in den meisten Inseraten behauptet wird — der wird gar bald eines anderen belehrt. Welche horrend hohen Löhne bei diesen guten dauernden Stellungen gezahlt werden, sei damit beleuchtet, daß Kollegen, welche 20 Jahre und älter sind, mit 13—16 Mk. pro Woche abgepeist werden, ja daß verheiratete Kollegen 18 Mk. und nur vereinzelte Ausnahmen etwas mehr erhalten. Wie bei den jetzigen teuren wirtschaftlichen Verhältnissen ein Familienvater bei einem derartigen Hungerlohn mit seiner Familie ehrlich bestehen soll, scheint unseren Unternehmern keine Sorgen zu machen. Denn nicht genug, daß die Löhne an und für sich schon äußerst miserabel sind, nein auch die Feiertage, deren wir gerade diesmal zur Jahreswende eine größere Anzahl haben, bleiben unbezahlt. Den Unternehmern ist es ja schließlich gar nicht darum zu tun, auswärtige Kollegen einzustellen, selbige benutzen vielmehr die eingegangenen Offerten meistens bloß dazu, diese unseren Kollegen bei Forderungen um Zulage vorzuhalten mit der Bemerkung, genügend Leute für den gezahlten Lohn zu bekommen. Darum Kollegen! Beachtet diese Inserate in genannten Zeitungen nicht. Bereitet unseren Meistern ihr Manöver. Zum mindesten aber erkundigt Euch vor Stellungsannahme bei den örtlichen Bevollmächtigten. Unseren hiesigen und hauptsächlich den jüngeren und ledigen Kollegen möchten wir aber die Mahnung geben, nicht sitzen zu bleiben und zu warten, bis der Meister selbst mit einer Zulage kommt, zumal jetzt, wo überall ein flotter Geschäftsgang einsetzt.

Achtung! Berlin! Achtung!
An alle in der Berliner Postkartonbranche Beschäftigten Rieter, Zuschneider und Arbeiterinnen. Kolleginnen! Kollegen!

Am 31. Dezember 1911 hört die Preiskonvention für die Unternehmer der Postkartonbranche auf zu bestehen. Damit ist der Willkür in der Preisfestsetzung wieder Tür und Tor geöffnet und ein scharfer, in seinen Folgen noch nicht absehbarer Konkurrenzkampf wird über unseren Beruf hereinbrechen. Eine Anzahl Firmen suchen jetzt schon im trüben zu fischen dadurch, daß sie — ihrer Mitgliedschaft in der Konvention entledigt — bereits neue Preislisten haben herausgehen lassen. Andere wieder haben diesen neuen, reduzierten Preisen Kampfpreise gegenübergestellt, die natürlich wiederum wesentlich niedriger gestellt sind und schließlich die liebe Konkurrenz zur Festsetzung neuer Schleuderpreise aufstacheln.

Kolleginnen! Kollegen! Täuschen wir uns nicht! Der Kampf, der jetzt im Entstehen begriffen ist, tobt schon lange insgeheim. Die Solidarität der Unternehmer hat nicht vermocht, ihn zu ersticken, er ist jetzt entbrannt und wird gefürtet werden bis zum Weißbluten. Daß dabei die in der Branche bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen den größten Geschützerungen und Gefahren ausgesetzt sind, bedarf wohl kaum besonderer Erwähnung. Ist doch schon von einer sogenannten ringreifen Firma der verkappte Versuch gemacht worden, diesen Kampf auf Kosten des Personals zu führen! Allerdings vergebens! Hier ist es infolge sofortiger Benachrichtigung der Branchenleitung gelungen, den Abzug des angeblich über den Tariffach hinausgehenden Betrages von 65 Pf. pro Duzend 84 : 70 : 60-Zentimeter-Kartons zu verhindern. Trotzdem erscheint es noch keineswegs ausgeschlossen, daß dieser Versuch erneuert werden wird, vielleicht bei anderen Positionen des Tariffs, vielleicht aber auch bei anderen Firmen! Deshalb weisen wir unsere Mitglieder besonders

darauf hin, daß die Arbeitgeber an den bestehenden Tarifvertrag bis zum 30. September 1912 gebunden sind. Demgemäß sind auch alle Versuche auf Reduzierung der Lohn- und Akkordpositionen, sowie alle sonstigen, auf eine Verschlechterung der bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse gerichteten Maßnahmen entschieden zurückzuweisen. Insbesondere aber ist es die strengste Pflicht aller unserer Mitglieder, der Branchenleitung von allen diesbezüglichen Vorgängen in den Betrieben unverzüglich Mitteilung zu machen, um gegebenenfalls sofort die notwendigen Gegenmaßnahmen treffen zu können.

Darum Kolleginnen und Kollegen! Seid auf dem Posten! Stellt der Zerfahrenheit im Unternehmerlager Eure Geschlossenheit entgegen, dann wird jeder Versuch auf eine Herabdrückung Eurer Lebenslage scheitern.

Die Branchenleitung.

J. A. Karl Klappenbach, Rixdorf, Elbestr. 4.

Rundschau.

Bernhard Ehrst, ein langjähriges und stets eifrig für die Interessen der Kollegenschaft tätiges Mitglied unseres Verbandes, ist in Berlin am 11. Oktober im Alter von 37 Jahren plötzlich gestorben. Wenn Ehrst auch öffentlich nicht hervorgetreten pflegte, so ist er und sein Wirken seinen engeren Berufsgenossen, den Kontobucharbeitern und -arbeiterinnen in Hannover und Berlin, um so besser bekannt. Ganz besonders ist er bei der Ausarbeitung und Verbesserung der Akkordtarife seiner Branche hervorgetreten tätig gewesen; unermüdet hat er auf diesem Gebiete gewirkt und seine eingehenden Kenntnisse der Arbeits- und Produktionsmethoden der Allgemeinheit nutzbar gemacht. Witten aus der Arbeit heraus hat der Tod ihn dahingerafft, und andere müssen vollenden, was er begann. Das Andenken des Verstorbenen, der Frau und Kind hinterläßt, wird in dankbarer Anerkennung seines Wirkens stets in Ehren gehalten werden.

„Christliche“ Kampfmethode. Die christlichen Gewerkschaften, insbesondere ihre Führer, nehmen bekanntlich für sich in Anspruch, Anstand und gute Sitte sowohl in ihrer Agitation als auch namentlich im Kampf gegen die gegenwärtigen Arbeiterorganisationen in Einklang zu pflegen. Alle Kritik, die an ihrem Verhalten in reichlichem Maße geübt werden muß, ist eitel sozialdemokratische Verleumdung. Vor kurzem tagte nun die Generalversammlung des Hirsch-Dunderschen Gewerkschafts der Bergarbeiter in Banne i. B. Der Gewerkschaft hatte das zweifelhafte Vergnügen, eine längere Lohnbewegung im Sauerland gemeinsam mit der christlichen Bergarbeiterorganisation führen zu müssen. Was der Hirsch-Dundersche Vorstand über diese gemeinsame Lohnbewegung sagt, verdient registriert zu werden.

In dem Bericht wird zunächst gesagt, daß die Christen die Lohnbewegung im Sauerland, die sie für das Ruhrrevier zu gleicher Zeit trotz der gleichen Voraussetzungen betreiben, nach dem Verständnis des Abgeordneten Imbusch nicht wegen der berechtigten Beschwerden der Bergarbeiter, sondern nur aus agitatorischen Gründen mitmachten. Dann wird gesagt, daß, obwohl mit den christlichen Streikführern Steger und Scharfenstein ausdrücklich vereinbart worden war, alles gemeinsam zu unternehmen, sagte der Vorstand der christlichen Bergarbeiter selbständig ohne Rücksprache Beschlüsse, die man dem Hirsch-Dunderschen Vorstand „herablassend als Beschluß des Zentralvorstandes per Telephon“ mitteilte. Es heißt dann weiter:

„Damit war es aber nicht genug. Noch durch etwas anderes wollte man zeigen, daß man gewerkschaftlich auf dem Standpunkt des „Bravos“ (gebungener Reichelmörder) angekommen war.“

Im Anschluß hieran wird weiter gesagt, daß der Hirsch-Dundersche Gewerkschaft ein einige Streikende, die während des Streiks in anderer Beschäftigung einen nennenswerten Teil (4 Mt. Tagesverdienst) mehr verdienen als die Streikunterstützung betrug, nach dem von allen Gewerkschaften vertretenen Standpunkt keine Streikunterstützung weiter zahlte. Anstatt sich nun bei den Auseinandersetzungen zwischen den Mitgliedern und der Leitung des Gewerkschafts passiv zu verhalten, erklärte der christliche Beamte Scharfenstein den Anführern, wenn sie die Unterstüngen nicht von der Organisation erhielten, würden die Christlichen sie ihnen zahlen. In der zur Aussprache einberufenen Versammlung des Hirsch-Dunderschen Gewerkschafts erschien dann Herr Scharfenstein mit fünf oder sechs Getreuen, nachdem er sich vorher 700 Mt. gepumpt

hatte, um eventuell an die unzufriedenen Hirsch-Dunderschen Vergleude die Unterstützung zu zahlen. Dies sei aber — so heißt es in dem Bericht weiter — nicht nötig gewesen, um zu verhindern, daß die Unzufriedenen Streikbrecher geworden wären, sondern sei nur geschehen, um die Leute für den Gewerkschaftsverein zu gewinnen.

Nachdem den Christen dann noch ein paar Unanständigkeiten vorgeworfen wurden, schließt der Bericht mit den Sätzen:

„So handelt nicht ein ehrlicher Gegner, mit dem man vereint schlagen kann, nachdem man getrennt marschiert ist, sondern ein gewerkschaftlicher Bravo, ein Pirat, der nur immer den Augenblick erpäßt, wo er über sein ausserordentliches Opfer herfallen kann. So handelte an uns im Sauerlande der christliche Gewerkschaft.“

Das sind die christlichen Herrschaften, die jeden Tag über sozialdemokratischen Terrorismus jekteln. Wo sie sich einigermassen stark fühlen, pflegen diese Leute aber einen Terrorismus, der auch nicht vor dem verwerflichsten Mittel zurückschreckt.

Das Jahr 1910 sprengte die Streiklassen der Unternehmer! Wenn die Arbeitergewerkschaften einmal unter Ausschluß der Öffentlichkeit tagen, fällt sofort und regelmäßig die ganze bürgerliche Presse und der Unternehmertum über diese „Geheimverschwörungen“ her. In Wirklichkeit ist es so, daß gerade die Unternehmer auch dem harmlosesten Neugierigen, wie es die Regierungsbeamten zumeist sind, den Einblick in ihre Geschäftsgebarung verweigern. Um so interessanter sind die jetzt an die Öffentlichkeit kommenden allerdings recht spärlichen Zahlen über die Streikversicherungskassen der Unternehmer und ihre Ausgaben im Jahre 1910.

Bekanntlich sind in der Gesellschaft des Vereins deutscher Arbeitgeber zur Entschädigung bei Arbeits-einstellungen in der Form von Rückversicherungen eine ganze Anzahl Streikentschädigungsgesellschaften vereinigt. Für die zentrale Entschädigungsgesellschaft kamen 1910, wie aus einem Auszugsbericht hervorgeht, 2 204 857 Mannlage als entschädigungspflichtig in Betracht, davon waren 929 374 Mannlage Ausperrungskämpfe. Den Hauptanteil aller Ansprüche stellte der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller, nämlich 1 757 798 Mannlage. Der vorhandene Fonds betrug in der Zentralgesellschaft ganz genau 185 217,23 Mt. Diese Summe reichte nicht aus, um die laufenden Verpflichtungen zu erfüllen! Es mußten 20 800 Mt. aus dem Dispositionsfonds genommen und zugelegt werden. Der Dispositionsfonds ist damit auf 132 000 Mt. zusammengeschrumpft. Die Rückversicherungsgesellschaft hat also allein in dem einen Jahre nicht nur nichts erübrigt, sondern noch aus ihrem Reserfonds zusehen müssen!

Der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller zur Entschädigung von Arbeits-einstellungen, der ein Mitglied der oben besprochenen Gesellschaft ist, hatte Anfang 1910 1 400 440 Mt. Vermögen, einschließlich des Liquidationsfonds. Auszahlen mußte er an Entschädigungen 1 347 078 Mt.! Dabei haben vier große Firmen allein 550 000 Mt. erhalten, dies sind 40 Proz. aller überhaupt ausgezahlten Unterstüngen. Der Verband zahlt pro Manntag Arbeits-einstellung (auch Ausperrung) 76 Pf. Entschädigung, dies sind ungefähr 17 Proz. des durchschnittlichen Arbeitertageslohnes.

Die kleineren der Streikversicherungverbände des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände zur Entschädigung von Arbeits-einstellungen haben sich allein nochmals zusammengeschlossen in einer Rückversicherungsgesellschaft Deutsche Streikversicherungsgesellschaft. Es handelt sich hier also um die Bemühung, doppelt gesichert zu sein.

Werden alle Unternehmerverbände zusammengezählt, so ergibt sich eine Summe von 115 095 Arbeitgebermitgliedern, die 3 854 680 Arbeiter beschäftigt, davon haben 27 100 Unternehmerrmitglieder mit 1 952 480 beschäftigten Arbeitern die Streikversicherung. Es sind also nur 32,5 Proz. aller organisierten Unternehmer, die einer Streikversicherung angehören. Die eigentliche Großindustrie ist mit 60 bis 100 Proz. ihrer Arbeiter gegen Streiks und Ausperrungen versichert. Im Baugewerbe sind es nur 4,4 Proz. der Unternehmer mit 11,6 Proz. der von ihnen beschäftigten Arbeiter.

Wenn auch die oben wiedergegebenen Zahlen zeigen, wie scharf die Kämpfe des vergangenen Jahres den Unternehmern und ihren Streikversicherungsorganisationen an den Geldbeutel gegangen sind, es soll nicht vergessen werden, daß im Baugewerbe trotzdem ein solch scharfer und langwieriger Kampf möglich geworden ist.

Alles in allem, die Arbeiter haben absolut keine Ursache, sich vor den Streikversicherungen der Unter-

nehmer zu fürchten. Das Jahr 1910 hat dies deutlich genug bewiesen. Die Arbeiter dürfen aber niemals vergessen, daß ihre Heberlegenheit in ihrer größeren Opferwilligkeit liegt. Sind die Proletarier einig, und schließen sie sich auch materiell zur großen Macht zusammen, dann kann keine Unternehmerorganisation gegen sie etwas ausrichten!

— Konsumvereine, Teuerung und Frachtermäßigung. Auf die Frachtermäßigung zugunsten der Landwirte hat die preußisch-hessische Eisenbahngemeinschaft endlich auch eine Frachtermäßigung folgen lassen, die den städtischen Konsumenten zugute kommen soll. Sonderbarerweise hat man es jedoch nicht unterlassen können, die Konsumvereine, die gerade gegenwärtig für die Leute mit kleinem Einkommen von außerordentlicher Bedeutung sind, da sie es ihnen ermöglichen, durch die Ersparnisse beim Einkauf im Konsumverein leichter über die Teuerung hinwegzukommen, ausdrücklich von dem Vorteil auszuschließen. Es ist nämlich neben einer allgemeinen Frachtermäßigung von 50 Proz. für Kartoffeln, frisches Gemüse und Hülsenfrüchte eine Sonderermäßigung um weitere 15 Proz. angeführt, die nicht die Händler erhalten sollen, sondern nur Organisationen, die nicht zu Erwerbzwecken die Waren vermitteln. Diese Sondervergütung kommt also Kommunen, gemeinnützigen Organisationen und Unternehmern, die für ihre Arbeiter größere Sendungen kommen lassen, zugute. In einer Anmerkung ist nun ausdrücklich erklärt, daß Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften nicht als gemeinnützige Organisationen zu betrachten sind, selbst wenn sie unter dem Einkaufspreis verlaufen. Nach der ganzen Sachlage richtet sich diese Bestimmung lediglich gegen die Konsumvereine. Sie ist eine absolut ungerechtfertigte Ausnahmebehandlung, die freilich niemand in Erstaunen setzen wird, der die steuerliche Behandlung der Konsumvereine in Preußen kennt.

Abrechnungen.

Vom 3. Quartal gingen bis zum 17. Oktober bei der Verbandskasse ein: Von Potsdam-Nowawes mit — Mt., Gau II 30 Mt., Tilsit 80 Mt., Glogau 105,22 Mt., Uckerleben 657,99 Mt., Dessau 100 Mt., Wittenberg 50 Mt., Bremerhaven — Mt., Kiel 158,50 Mt., Rostock 50 Mt., Schwerm 80 Mt., Braunschweig 250 Mt., Eisenach 90 Mt., Eisenberg 1380 Mt., Jena 100 Mt., Langensalza 80 Mt., Rudolstadt 31,62 Mt., Weimar 85,51 Mt., Zeitz 183,29 Mt., Duisburg-Ruhrort 100 Mt., Köln 345 Mt., Hanau 427 Mt., Altenburg 200 Mt., Ebersbach-Neugersdorf 122,76 Mt., Göhrich 284,54 Mt., Grimma 400 Mt., Leipzig 10 559,40 Mt., Limbach 616,92 Mt., Kaiserslautern — Mt., Randel 78,58 Mt. und Erlangen mit 400 Mt. E. Haueisen.

Briefkasten.

M. Schm. in G. Selbstverständlich werden Ihnen beim Uebertritte von der 3. in die 4. Beitragsklasse Ihre vorher freiwillig geleisteten Invalidenbeiträge angerechnet. — P. M. in F. Leider erst in nächster Nummer.

Literarisches.

Gehörtst du zu uns? Eine Anrede an einen jungen Arbeiter. Von Heinrich Schulz. Herausgegeben von der Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands, Berlin SW, 68, Lindenstraße 3. Verlag: Buchhandlung Bornwälsch, Paul Singer & M. H. G. (Hans Weber, Berlin). 20 Pf.

Die Zentralstelle für die arbeitende Jugend will mit dieser Schrift eine Lücke ausfüllen; es fehlte bisher an einer einfach und überzeugend gedruckten Propagandaschrift für die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen. Die vorliegende Schrift sucht in der Form der unmittelbaren Anrede an einen Jugendlichen unter Anlehnung an seine Gedanken- und Gefühlswelt und unter Berücksichtigung seiner etwaigen Einwände die Bedeutung der proletarischen Jugendbewegung darzulegen. Sie wandert mit dem Jugendlichen aus seinem armliehen Heim heraus und führt ihn dann durch die Schule mit ihrer ungenügenden und trüppelhaften Weisheit, durch Werkstatt und Fabrik, durch die Fortbildungsschule, durch die bürgerlichen Jugendvereine, um ihn überall bei dieser Wanderung den Beweis zu liefern, daß der junge Arbeiter in die Kreise seiner proletarischen Jugendkollegen hineingehört. Der Wert der Arbeiterjugendbewegung in bezug auf die Bildung, Belehrung, Unterhaltung und Festigkeit der Jugendlichen wird dem jugendlichen Arbeiter in überzeugender Weise klargemacht.

ANZEIGEN

Zentral-Kranken- u. Begräbniskasse d. Buchbinder etc. (Eingeschr. Hllsk.) Sitz Leipzig.

Hauptversammlung

mit der Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht;
2. Verschiedenes;

findet statt in

Stuttgart, Sonnabend, den 28. Oktober,

abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Nachruf.

Am 14. Oktober verschied nach kurzem Krankenlager unser eifriges Mitglied, der langjährige Vertrauensmann f. Spremberg, Kollege

Otto Reibel.

Seine jederzeit rührige Tätigkeit für die Organisation sichert ihm ein dauerndes Andenken.

Der Gauvorstand des Gau 1.

Am Sonnabend, den 13. Oktober, verschied n. schwerem Leiden unser langjähr. Vertrauensmann, Kollege

Otto Reibel.

Wir werden dem treuen Kämpfer ein ehrendes Andenken bewahren.

Die organisierten Kollegen von Spremberg i. L.

BERLIN

BERLIN

Sonntag, den 29. Oktober 1911, im Riesensaal
::: der „Neuen Welt“, Hasenheide 108-114 :::

Heiterer Abend

Mitwirkende Künstler:

Damen: Becker — Fabricius — Böhm (Damen - Vokal - Terzett)
Herren: Fritz Richard, Rezitator (vom Deutschen Theater in Berlin)
Kestenberg — van Laar — Löwensohn (Kestenberg-Trio) sowie
„Männer-Gesangverein Liberté“ (Mitglied des Deutschen Arbeiter-Sänger-Bundes) unter Leitung seines Dirigenten Herrn P. Joseph

Nach dem **Grosser Ball** bei gut besetztem

Konzert: Orchester

Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pfennig nach

Eintritt à Person im Vorverkauf 30 Pf., an der Kasse 40 Pf.
Garderobe 20 Pf. :: Programm am Eingang des Saales gratis

Kinder unter 6 Jahren haben keinen Zutritt
Rauchen während des Konzerts nicht gestattet

Während der Aufführungen bleiben die Saaltüren geschlossen
Einlass 5 Uhr **Anfang präzise 6 Uhr**

Billetts sind in unserm Bureau, Engelufer 14, Zimmer 39/40 von
11—1 Uhr und 4—7 Uhr sowie in allen Zahlstellen und bei allen
Vertrauenspersonen zu haben.

Einen genussreichen Abend versprechend, erwartet rege Beteiligung
Die Ortsverwaltung

Unserem lieb. Kollegen **Aug. Schröder** zu seiner Vermählung die herzlichste Gratulation. Die Kolleginnen und Kollegen der Zahlstelle Bochum.

Einige tüchtige

Linierer

für Sortiment für dauernde Stellung u. bei guter Bezahlung gesucht. Angebote unter **F. P. 1000** an d. Exp. d. Bl. erb.

Winkel, Lineale, Schienen,
Zirkel, Messer, Scheren usw. empfiehlt
F. Klement, Leipzig.



Kostenfreier Arbeitsnachweis

für Buchbinder

O. Th. Winckler, Leipzig

J. F. SCHREIBER, Esslingen a. N.

Spezialitäten:

Bilderbücher zu allen Preisen und in allen Ausstattungen :: Mal- und Zeichenbücher :: Kindertheater und Spiele :: Feine Modellierbögen :: Modellier-Lampenschirme :: Krippen :: Christbaumschmuck :: Otenbilder :: Modepuppen :: Bilderbogen :: Theaterdekorationen :: Wappenbilder :: Inschriften Mauerpapiere :: Tapeten für Puppenstuben :: Laubsägevorlagen :: Vorlagen für Kerbschnittzerlei :: Kleinselbarbeiten :: Arbeiten aus Zigarrenkistenholz Vorlagen für den Handfertigkeitunterricht usw. usw. :: :: :: :: :: :: ::

Ausführliche illustrierte Prospekte und Kataloge gratis

Erstklassige zugkräftige Neuheiten 1911

Inserate

finden nur Aufnahme, wenn ihnen der Betrag beigefügt ist.

Buchbinder

Suche ich an jedem Ort, die Vertretung erfüllt. Reueheit. bei hohem Verdienst übernehmen. Ausl. sof. kostentl. **Herm. Wolf, Zwidau i. Sa., Nordstr. 30.**

Stottern

dauernd heilbar!
Glänz. Gutachten v. Aerzten, Geistl. etc., zahlr. Danks. v. dauernd Geheilt. Ausk. frei O. Hausdörfer, Breslau 16, W. 2a, ehm. schw. Stott.

Die Gold- und Silberschmelzerei, Scheide- und Gekrätz-Anstalt

M. Broh

Berlin SO. 33, Köpenickerstr. 29,

Fernsprecher: Amt IV, 6958,

kauft Kehr- und Stabgold, Goldschmied, Goldwägen, Goldgarnis sowie sämtliche gold- und silberhaltigen Rückstände. Vorzügliche Schmelz-, Brenn- und Mahleinrichtungen. — Streng reelle Bedienung. Anerkennungs schreiben v. In- u. Ausland. Gegründet im Jahre 1896.

::: Kohntarif ::: für Buchbinderarbeiten.

Preis für Mitglieder 1.— Ml. einschließlich Porto (bei Parteilieferung ermäßigt bei dem Porto), für Nichtmitglieder 1,20 Ml.

Separat-Auszug für Mädchen - Arbeiten.

Preis für Mitglieder 50 Pf. einschließlich Porto, für Nichtmitglieder 1,10 Ml.

Für jeden Berufsgenossen von hohem Wert ist die

Geschichte des Deutschen Buchbinder-Verbandes : und seiner Vorläufer :

Preis für Mitglieder 2,30 Ml. einschließlich Porto, Preis für Nichtmitglieder 3,30 Ml. einschließlich Porto.

Der vorliegende 1. Band gibt einen zusammenfassenden Ueberblick über die Geschichte der Organisation in unserem Berufe bis zur Gründung des jetzigen Verbandes. Er enthält eine reichhaltige Dokumentensammlung und bietet jedem Berufsgenossen außerordentlich viel interessante Momente aus der Vergangenheit.

Ein jedes unserer Mitglieder sollte im Besitze des Werkes sein, das auch durch sein vornehmes Aussehen jeder Bibliothek zur Zierde gereicht.

Die schnelle Wirkung des Lamscheider Stahlbrunnens

bei der **Blutschucht** ist mehrfach in der Literatur hervorgehoben worden. Durchschnittlich wurde bei vierwöchigen Kurzen eine Zunahme des Haemoglobingehaltes um 25 Proz. und eine Hebung des Körpergewichts um 7 Proz. beobachtet; im Einzelfalle stieg die Zunahme des Haemoglobins bis über 60 Proz. und die Vermehrung des Körpergewichts bis zu 14 Proz. Das sind Resultate, wie man sie mit künstlichen Eisenpräparaten wohl nur ausnahmsweise erreicht. — An Stelle der körperlichen und geistigen Depression tritt **Wohlbefinden** und immer mehr zunehmende **Arbeitslust**; die **Schmerzen** im Kopf und an den Füßen **schwinden** zugleich mit dem gelegentlich anzutreffenden **Oedem** der Füße. (Professor Dr. med. Liebreich). —

Aus Briefen: „Schon nach 14 Tagen zeigte sich der Genuß des Wassers als großartig wirkend. Nach beendeter Kur war das allgemeine Befinden überraschend, der Appetit erheblich besser, sonst regelmäßig chronische Kopfschmerzen sind ganz verschwunden.“ — „Es freut mich, über den wunderbaren Heilkräftigen, der sich glänzend bewährt hat, Mitteilung machen zu können. Die Beschwerden sind verschwunden; Kräftigung des Körpers, Appetit und ruhigen Schlaf habe ich wieder erlangt. Ich kann nun wieder arbeitsfreudig in meinem Berufe wirken.“ — „Einklinken im Genuß warm empfohlen bei Blutartern, Blutschucht, Frauenkrankheiten, Magen- und Darmleiden, Nervenkrankheiten, Blutartern Zuständen, z. B. nach Blutverlusten inf. Operationen, Wochenbetten usw., nach überstandenen erschöpfenden Krankheiten wie Influenza usw. — Mitteilungen über Kurverfolge, Bezug des Brunnens kostenlos durch: Lamscheider Stahlbrunnen in Düsseldorf S. 123.